

Anlage 2

Beschlüsse des Rates der Stadt
deren **abgeschlossen** ist

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
1	Düsseldorf steht zu seinem Wort – Flüchtlinge sind willkommen (Antrag der Ratsfraktionen von BÜ90/GRÜ, SPD und FDP, Vorlage 01/ 96/2018)	14.06.2018 24 c) 09/2018 03/2019 11/2019 05/2020 11/2020	Ratsbeschluss Am 02.07.2018 wurden der Bundesinnenminister und der Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW angeschrieben und über den Ratsbeschluss in Kenntnis gesetzt. Der Bundesinnenminister hat in seiner Antwort auf die Zuständigkeit des Landes verwiesen. Das MKFFI hat am 4.10.18 zu einem Termin eingeladen. Es wurden bislang sieben Personen im Rahmen des UNHCR-Resettlement aufgenommen. Die Bezirksregierung Arnsberg hat bislang keine weiteren Personen aus diesem Programm nach Düsseldorf zugewiesen. In einem Schreiben vom 13.01.2020 hat Oberbürgermeister Thomas Geisel seinem Amtskollegen in Potsdam vorgeschlagen als Bündnis an die Bundesregierung zu appellieren, die Aufnahme Geflüchteter, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, aus den griechischen Flüchtlingslagern zu ermöglichen, verbunden mit dem Angebot, die Betroffenen in den Städten des Bündnisses "Sichere Häfen" aufzunehmen. In einem Schreiben vom 13.01.2020 hat Oberbürgermeister

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		<p>05/2021</p> <p>25/26.06.2021</p> <p>09/2021</p> <p>11/2021</p>	<p>Thomas Geisel seinem Amtskollegen in Potsdam vorgeschlagen als Bündnis an die Bundesregierung zu appellieren, die Aufnahme Geflüchteter, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, aus den griechischen Flüchtlingslagern zu ermöglichen, verbunden mit dem Angebot, die Betroffenen in den Städten des Bündnisses „Sichere Häfen“ aufzunehmen.</p> <p>Durch die mehrfache Signalisierung der Stadt Düsseldorf durch Herrn Oberbürgermeister Geisel, Geflüchtete aus den griechischen Lagern aufzunehmen, ist am 28.10.2020 die Zuweisung von acht Personen nach Düsseldorf erfolgt. Dabei handelt es sich jeweils um Mütter mit einem Kind (drei Mütter aus Somalia und eine Mutter aus Äthiopien).</p> <p>Es sind keine weiteren Zuweisungen erfolgt.</p> <p>Zu der internationalen Konferenz „From the sea to the city“ in der Partnerstadt Palermo hat Herr Oberbürgermeister Dr. Keller eine Videobotschaft gesendet und die Aufnahmebereitschaft der Kommune zugesagt. Die Leiterin des Amtes für Migration und Integration nahm in Vertretung des Oberbürgermeisters an der o. g. Tagung teil.</p> <p>Im Rahmen des Ratsantrags „Aufnahme Geflüchteter aus Afghanistan“ (Rat/525/2021) hat der Rat die bereits 2018 im Rahmen der Seebrücke und 2020 in Bezug auf die überfüllten griechischen Flüchtlingslager angebotene zusätzliche Aufnahmebereitschaft Düsseldorfs bekräftigt (vgl. lfd. Nr. 59).</p> <p>Aus den genannten Lagern wurden seit Mai 2021 keine weiteren Personen aufgenommen.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		06/2022	Kein neuer Sachstand.
		12/2022	Kein neuer Sachstand.
		09/2023	Kein neuer Sachstand. Status: Erledigt.
2	Palermo Appell für einen Europäischen Verteilmechanismus für Bootsflüchtlinge (Antrag der Ratsfraktionen von BÜ90/GRÜ, SPD und FDP, Vorlage 01/ 215/2019)	29.08.2019 6.6 11/2019 06/2020 11/2020	Ratsbeschluss Am 19.11.2019 tagte der Flüchtlingskongress des Deutschen Städtetages in Düsseldorf. Herr Oberbürgermeister Geisel hat in seiner Begrüßungsrede zur Unterstützung des Palermo-Appells aufgerufen. Düsseldorf ist eine von derzeit 119 Kommunen, die die Aktion der Seebrücke „Schafft sichere Häfen“ unterstützen. In einem Schreiben vom 13.01.2020 hat Oberbürgermeister Thomas Geisel seinem Amtskollegen in Potsdam vorgeschlagen als Bündnis an die Bundesregierung zu appellieren, die Aufnahme Geflüchteter, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, aus den griechischen Flüchtlingslagern zu ermöglichen, verbunden mit dem Angebot, die Betroffenen in den Städten des Bündnisses "Sichere Häfen" aufzunehmen. Darüber hinaus hat die Stadt Düsseldorf dem Bündnis gegenüber erklärt, wie viele geflüchtete Kinder und andere schutzbedürftige Gruppen sie kurz- und langfristig aufnehmen kann. Darunter fallen auch Kapazitäten besonders behandlungsdürftige Kinder. Es besteht eine aktive Mitarbeit im Gesamtbündnis, der NRW-Gruppe im Bündnis und der Seebrücke. vgl. auch Sachstand lfd. Nr. 8 (11/2020)

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		<p>05/2021</p> <p>25/26.06.2021</p> <p>09/2021</p> <p>06/2022</p> <p>12/2022</p> <p>08/2023</p>	<p>Darüber hinaus hat die Stadt Düsseldorf dem Bündnis gegenüber erklärt, wie viele geflüchtete Kinder und andere schutzbedürftige Gruppen sie kurz- und langfristig aufnehmen kann. Darunter fallen auch Kapazitäten für besonders Behandlungsbedürftige Kinder. Es besteht weiterhin eine aktive Mitarbeit im Gesamtbündnis, der NRW-Gruppe im Bündnis und der Seebrücke.</p> <p>Es liegt kein neuer Sachstand vor.</p> <p>Zu der internationalen Konferenz „From the sea to the city“ in der Partnerstadt Palermo hat Herr Oberbürgermeister Dr. Keller eine Videobotschaft gesendet und die Aufnahmebereitschaft der Kommune zugesagt. Die Leiterin des Amtes für Migration und Integration nahm in Vertretung des Oberbürgermeisters an der o. g. Tagung teil</p> <p>Im Rahmen des Ratsantrags „Aufnahme Geflüchteter aus Afghanistan“ (Rat/525/2021) hat der Rat die bereits 2018 im Rahmen der Seebrücke und 2020 in Bezug auf die überfüllten griechischen Flüchtlingslager angebotene zusätzliche Aufnahmebereitschaft Düsseldorfs bekräftigt.</p> <p>Kein neuer Sachstand.</p> <p>Kein neuer Sachstand.</p> <p>Kein neuer Sachstand. Status: Erledigt.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
3	Corona-Hotspots verhindern – Gemeinschaftsunterkünfte anpassen (Antrag der Ratsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP, Vorlage RAT/224/2020)	18.06.2020 63.23 11/2020 05/2021	Ratsbeschluss Die im Ratsbeschluss aufgeführten Objekte wurden einer ersten baulichen Prüfung unterzogen, um geeignete Optionen aufgrund der baulichen Beschaffenheit identifizieren zu können. Über das Belegungsmanagement wurden die Objekte mit hoher Belegungsdichte identifiziert. In einem nächsten Schritt wird ein Architekt zur Ausführungsplanung beauftragt. Bereits jetzt sind für den Höher Weg vornehmlich Einzelzimmerlösungen umgesetzt. Im III. Quartal 2021 wird die Unterkunft Zum Märchenland aufgelöst, was gegen eine bauliche Anpassung spricht. Die Robert-Stolz-Str. wird zunächst nur für ein Jahr verlängert, womit eine bauliche Maßnahme ebenfalls wegfällt. Der Gather Weg steht unter Denkmalschutz und bauliche Maßnahmen sind mit der Denkmalbehörde abzustimmen. Die Planung konzentriert sich daher auf die Unterkünfte Kieshecker Weg sowie auf den Nördlichen Zubringer. Ergänzend zu den baulichen Planungen zum Kieshecker Weg und Nördlichen Zubringer ist die Verwaltung dabei, insbesondere die Flüchtlingsunterkünfte in denen viele Schulkinder leben, mit leistungsstarkem WLAN auszustatten. Dies ist durch Vertragsänderungen mit dem Anbieter bereits in fünf Unterkünften realisiert. Durch die ehrenamtliche Arbeit der Freifunker (Förderung durch Bürgerstiftung und Amt 54) wird dieses Signal bald in jedem Raum nutzbar sein. An den Standorten, an denen eine bauliche Erschließung notwendig ist, wird die Verwaltung demnächst für drei Unterkünfte (Oberlöricker Straße, Leuchtenberger Kirchweg und Lichtenbroicher Weg) die

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		11/2021	<p>entsprechende Beauftragung in die Wege leiten. Damit wird E-learning und Homeschooling der dort lebenden Kinder und Jugendlichen in vollem Umfang möglich sein.</p> <p>Zwischenzeitlich sind bereits sechs Unterkünfte für Flüchtlinge mit leistungsstarkem WLAN ausgestattet.</p> <p>Bezüglich der Entzerrung der Gemeinschaftsunterkünfte sind die Planungen abgeschlossen. Neben dem Kieshecker Weg und dem Nördlichen Zubringer wurde die Monschauer Straße seitens der Verwaltung in die Planungen aufgenommen, da der Gather Weg aufgrund des bestehenden Denkmalschutzes und den damit verbundenen Problemen eines Umbaus nicht realisiert werden kann. Es handelt sich bei allen drei Objekten um Mietobjekte, sodass die Einwilligung des Eigentümers eingeholt werden muss. Die Planungen sollen aufgrund von zusätzlichem Einbau von Küchen, WC-Anlagen und Duschen eine durchschnittliche Reduzierung der Raumnutzung durch die Bewohnerinnen und Bewohner um 50 Prozent ermöglichen. Die Umsetzung der Planungen setzt eine baurechtliche Nutzungsänderung voraus, auch ein neues Brandschutzkonzept muss erstellt werden. Die Gesamtkosten der Umbaumaßnahmen für alle drei Unterkünfte belaufen sich auf 535.000 Euro.</p>
		06/2022	<p>In den Monaten 11/21 bis 02/22 gab es aufgrund der Zuweisungsaussetzungen durch die COVID-19-Pandemie die höchsten Zuweisungszahlen seit 2017. Ab Ende 02/22 kamen aufgrund des Kriegsausbruchs in der Ukraine Tausende von Menschen nach Düsseldorf, so dass das Vorhaben bis dato nicht weiterverfolgt werden konnte.</p>
		12/2022	Kein neuer Sachstand.

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		08/2023	<p>Kein neuer Sachstand. Aufgrund der Herausforderung in den letzten Jahren sind die Objekte nicht angegangen worden. Dennoch wird der Antrag für zukünftige Anmietungen mit zugrunde gelegt.</p> <p>Der Antrag ist erledigt.</p>
4	<p>1.000 Geflüchtete aus dem niedergebrannten Lager Moria aufnehmen (Antrag der Ratsfraktion Die Linke, Vorlage RAT/280/2020 sowie mündlicher Änderungsantrag)</p>	<p>08.10.2020</p> <p>11/2020</p> <p>05/2021</p> <p>11/2021</p> <p>06/2022</p> <p>12/2022</p> <p>08/2023</p>	<p>Ratsbeschluss</p> <p>In Abstimmung mit den Bundesländern hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) mit der Aufnahmeanordnung vom 9. Oktober 2020 den Rahmen für die Aufnahme von 1.553 Personen, die bereits im griechischen Asylverfahren internationalen Schutz erhalten haben, geschaffen. Für die Auswahl werden laut der Aufnahmeanordnung insbesondere die Kriterien der Wahrung der Einheit der Familie sowie familiäre oder sonstige integrationsförderliche Bindungen nach Deutschland berücksichtigt. Zwischen der Bezirksregierung Arnsberg und dem Amt für Migration und Integration laufen bereits Abstimmungen über die Zuweisungen im Rahmen der Aufnahmeanordnung.</p> <p>Bisher sind noch keine Zuweisungen erfolgt.</p> <p>Seit 05/2021 sind keine Zuweisungen erfolgt.</p> <p>Insgesamt befinden sich 8 Personen aus Griechenland in Düsseldorf. Es sind keine weiteren Zuweisungen bis dato erfolgt.</p> <p>Kein neuer Sachstand.</p> <p>Kein neuer Sachstand. Status: Erledigt.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
5	Hochwasserschutz und Schaffung ökologisch wertvoller Auenlandschaft miteinander verbinden – Himmelgeister Rheinbogen für kommende Generationen und einzigartige Artenvielfalt sichern (Antrag der Ratsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vorlage 452/2021)	<p>16.09.2021 45.9</p> <p>11/2021</p> <p>06/2022</p> <p>01/2023</p>	<p>Ratsbeschluss</p> <p>Der SEBD hat mit der Umsetzung des Ratsbeschlusses begonnen. Zur Prüfung, welche Maßnahmen die Bebauung des Himmelgeister Rheinbogens dauerhaft unterbinden können, wird ein erster Abstimmungstermin mit möglichen betroffenen städtischen Ämtern terminiert.</p> <p>Zur Vorbereitung auf ggf. mögliche Trassenvarianten zur Rückverlegung der Hochwasserschutzdeiche wird eine Sichtung und Bewertung der vorhandenen Unterlagen vorgenommen.</p> <p>Dem Auftrag, alle Maßnahmen zu prüfen, die eine Bebauung dauerhaft unterbinden können, ist die Verwaltung nachgekommen. Bezüglich des Ratsbeschlusses zur Vorbereitung auf mögliche Trassenvarianten zur Rückverlegung der Hochwasserschutzdeiche ist die Verwaltung ebenfalls nachgekommen und hat eine erste Einschätzung vorgenommen. Entsprechend dem Ratsbeschluss wird durch die bereits angegangenen Maßnahmen eine mögliche Rückverlegung weder blockiert noch erschwert. Die Ergebnisse zu dem Ratsbeschluss vom 16.09.2021 wurden am 03.05.2022 in einer Stellungnahme zu BAU/019/2022 dargelegt.</p> <p>Wie bereits zur Beschlusskontrolle 06/2022 beschrieben wurde die dauerhafte Unterbindung der Bebauung geprüft und es wurde berichtet. Desweiteren wurden keine Maßnahmen durchgeführt, die eine Rückverlegung behinderten.</p> <p>Im Betriebsausschuss wurde zu der Anfrage BAU/010/2022 zur Deichrückverlegung sowie zu einer möglichen Förderung im Rahmen des Blauen Bandes ausführlich Stellung genommen (BAU/010/2022).</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		08/2023	<p>Das Ziel der Ausarbeitung einer möglichen Rückverlegungsvariante wird kontinuierlich weiterverfolgt. Die Auswahl einer rechtssicheren Variante wird durch ein bereits beauftragtes Fachbüro und eine ebenfalls beauftragte externe Juristin vorbereitet und ist Voraussetzung für die anschließend zu vergebende Planung. Eine regelmäßige Berichterstattung erfolgt weiter im Betriebsausschuss.</p> <p>Das Bundesverwaltungsgericht hat am 11.05.2023 die Nichtzulassungsbeschwerde der Bezirksregierung Düsseldorf zum Urteil des OVG Münster bezüglich der Klage des BUND zum Planfeststellungsbeschluss Himmelgeister Rheinbogen zurückgewiesen. Die Feststellungen des OVG in Bezug auf den Planfeststellungsbeschluss haben nun endgültig Bestand. Die weitere Vorgehensweise wird unter 01/2023 berichtet. Die Bearbeitung möglicher Rückverlegungsvarianten erfolgt und für den Oktober ist eine Berichterstattung im Betriebsausschuss vorgesehen. Damit ist dieser Antrag erledigt.</p>
6	interfraktioneller Änderungsantrag zur Vorlage RAT/406/2022: Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE: Keine Gefängnisstrafen für Rheinbahn-Fahrten ohne gültigen Fahrschein (RAT430/2022)	17.11.2022 47.22.1 01/2023 08/2023	<p>Ratsbeschluss</p> <p>Die Verwaltung hat den Vorstand der Rheinbahn und die städtischen Mitglieder im Aufsichtsrat am 22.11.22 über den Ratsbeschluss informiert.</p> <p>Die Verwaltung hat auf die Anfrage RAT/176/2023 am 17.05.2023 zu dem Thema geantwortet. Es wird auf den Antrag RAT/249/2023 verwiesen. Damit ist dieser Antrag erledigt.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
7	Antrag der Ratsfraktionen von Die PARTEI-Klima-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und FDP: Verzicht auf Strafverfolgung wegen der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne gültigen Fahrschein (RAT/249/2023)	15.06.2023 40.7 08/2023	Ratsbeschluss Die gesellschaftsrechtliche Weisung der Landeshauptstadt Düsseldorf an die Holding der Landeshauptstadt Düsseldorf GmbH (Holding) und die nachfolgende Weisung der Holding an den Vorstand der Rheinbahn AG sind im Juni 2023 vorgenommen worden. Damit ist dieser Antrag erledigt.
8	Antrag der Ratsfraktion Die PARTEI-Klima-Fraktion: Verlängerung des Gaslaternenmoratoriums (RAT/072/2023)	09.03.2023 25.2 09/2023	Ratsbeschluss (abweichend) In die Ratssitzung am 07.09.2023 wird eine Informationsvorlage zu den veränderten Rahmenbedingungen und ihren Auswirkungen auf die Gasbeleuchtung in Düsseldorf als Entscheidungsgrundlage für den weiteren Umgang mit der Gasbeleuchtung eingebracht. Status: Erledigt
9	Fußgängerbeauftragte*r für die Landeshauptstadt Düsseldorf und Einrichtung einer „Kleinen Kommission Fußverkehr“ (Änderungsantrag der Ratsfraktionen von FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vorlage RAT/549/2021)	16.09.2021 45.5.2 06/2022 01/2023	Ratsbeschluss Das Konzept für die Integration von Fußverkehr in Planungsprozessen ist eine vorgezogene Maßnahme der Stufe 2 des Mobilitätsplan D. Dieses Konzept wird derzeit von der Verwaltung erstellt und abgestimmt. Mit der Vorlage OVA/093/2022 wurde der OVA im August 2022 über die Implementierung eines Teams von Fachleuten unter Leitung eines/einer verantwortlichen Fußverkehrsbeauftragten im

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		09/2023	<p>Amt für Verkehrsmanagement sowie die zu betreuenden Maßnahmen informiert.</p> <p>Eine Stelle ist im Stellenplan 2023 geschaffen worden. Das Stellenbesetzungsverfahren wurde im November 2022 in die Wege geleitet, wurde aber noch nicht abgeschlossen. Die zweite Stelle wird zum Stellenplan 2024 angemeldet.</p> <p>Die Stelle der Fußverkehrsbeauftragten konnte nach einer Auswahlrunde im Februar zum 1. Mai 2023 besetzt werden. Aufgabenschwerpunkte werden weiterhin die mit der Informationsvorlage (OVA/093/2022) beschriebenen Maßnahmen sein.</p> <p>Status: Erledigt</p>
10	Förderung des Radtourismus in Düsseldorf (Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Vorlage RAT/082/2020; Änderungsantrag CDU RAT/085/2020)	06.02.2020 22.1 06/2020	<p>Ratsbeschluss</p> <p>Der Antrag ist betreffend die touristischen Aspekte (Pkt. 1-4) an die Düsseldorf Tourismus GmbH weitergeleitet worden Die Punkte 5-7 werden vom Amt für Verkehrsmanagement bearbeitet.</p> <p>Förderung des Radtourismus in Düsseldorf (lfd. Nr. 40, Pkt. 5-7) Die Umsetzung einer Punktewegweisung, die individuelle Zusammensetzungen der D-Routen ermöglicht, erfolgt derzeit. Bei der Befahrung der Strecken der geplanten Punktewegweisung wurde deutlich, dass die gesamte Fahrrad-Wegweisung vervollständigt und aktualisiert werden muss, so dass die Maßnahmen umfangreicher sind als ursprünglich geplant, und daher die Fertigstellung erst in 2021 erfolgen wird. Eine Prüfung von sinnvollen Anbindungsmöglichkeiten an bereits vorhandenen Radwegesysteme erfolgt ebenfalls in diesem</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		<p>11/2020</p> <p>05/2021</p> <p>06/2022</p> <p>01/2023</p>	<p>Zusammenhang.</p> <p>Ein Großteil der geplanten Punktewegweisung wird erst in 2021 fertiggestellt werden können.</p> <p>Die DT hat Gespräche zum Verein Radregion Rheinland aufgenommen. Das Punktewegweisungssystem ist in der Kleinen Kommission Radverkehr vorgestellt worden und es wurden von dort noch Anpassungswünsche geäußert, die in Kürze noch von der Kleinen Kommission Radverkehr konkretisiert werden.</p> <p>Die Planung und Umsetzung der Knotenpunktewegweisung auf Düsseldorfer Stadtgebiet ist in Arbeit. Die Anpassungswünsche der Kleinen Kommission Radverkehr wurden vom Ingenieurbüro aufgenommen und soweit es geht auch angepasst. Ende 2021 wurde mit der Installation der ersten Knotenpunktschilder in den Stadtbezirken 9 und 10 begonnen. Der aktuelle Planungsstand sieht Fertigstellung bis August 2023 vor.</p> <p>In den Gesprächen, die Düsseldorf Tourismus in Abstimmung mit der Verwaltung, mit der Rad Region Rheinland geführt hat, wurde der Beitritt von Düsseldorf als neues Mitglied von der Rad Region positiv bewertet. Neben Düsseldorf strebt auch der Kreis Mettmann eine Mitgliedschaft an. Allerdings ist noch die Finanzierung zu klären.</p> <p>Bis Februar 2023 sollen die Knotenpunktschilder im Stadtbezirk 3 installiert werden. Aktuell befinden sich die Bezirke 1 und 2 in konkreter Planung. Anschließend erfolgt die Bearbeitung des Bezirks 4, gefolgt von den Bezirken 7 und 8. Den Abschluss bilden die Bezirke 5 und 6.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		09/2023	<p>Die aktuelle Planung sieht die Umsetzung der städtischen Wegweisung und des Knotenpunktsystems in verschiedenen Umsetzungsstufen bis Ende 2023 vor.</p> <p>Es ist angestrebt, dass die Stadt Düsseldorf Mitglied in der Radregion Rheinland zum 01.01.2024 wird. Für die Aufnahme von Düsseldorf als neues Mitglied veranschlagt die Radregion Rheinland rund 6 Monate Vorlauf.</p> <p>Erste Gespräche für eine Mitgliedschaft in der Radregion Rheinland wurden bereits mit Düsseldorf Tourismus und der Radregion geführt.</p> <p>Mit einer Informationsvorlage im 1. Quartal 2023 wird der OVA dazu informiert.</p> <p>Die Montagen der Knotenpunkte in den Stadtbezirken 3, 9 und 10 sind bereits abgeschlossen und final abgenommen. Für die Bezirke 1, 2 und 4 wurden alle Planungsarbeiten erledigt und die Ausschreibung vorbereitet. Bis Dezember 2023 sollen hier die Knotenpunkte final platziert werden.</p> <p>Parallel laufen bereits die Planungsarbeiten für die Bezirke 5, 6, 7 und 8. Die Ausschreibungsunterlagen sollen hier im Herbst 2023 fertig gestellt werden, sodass die Fertigstellung der gesamten Knotenpunktwegweisung bis März/ April 2024 erfolgen kann.</p> <p>Gemäß Beschluss (OVA/050/2023) vom 15.03.2023 ist die Stadt Düsseldorf ab 2024 Mitglied in der Radregion Rheinland. Für die Realisierung wurden sowohl mit der Radregion Rheinland (RRR) und Düsseldorf Tourismus (DT) nun bereits konkrete Gespräche geführt.</p> <p>Die DT wird, wie angekündigt, die inhaltliche Betreuung und Umsetzung der Mitgliedschaft übernehmen. Hierzu wurde zum 01.08.2023, wie geplant, eine neue Stelle bei der DT geschaffen.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
			<p>Mit der RRR wurde gemeinsam mit der DT besprochen, dass die vom 15. – 17.03.2024 stattfindende Cyclingworld Europe 2024 als offizieller Start der Mitgliedschaft genutzt wird. Die LHD präsentiert sich dort gemeinsam mit der DT und der RRR an einem Gemeinschaftsstand und stellt die neue Knotenpunktwegweisung und Mitgliedschaft vor.</p> <p>Status: Erledigt</p>
11	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Anpassung der Wohnraumförderrichtlinien - geförderter Wohnraum muss bezahlbar bleiben (RAT/409/2022)	<p>17.11.2022 47.16</p> <p>01/2023</p> <p>08/2023</p>	<p>Ratsbeschluss</p> <p>Mit Datum vom 25.11.2022 wurde das Anliegen des Rates dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKBD) vorgetragen. Das Mitte Dezember vorgelegte Eckpunktepapier des MHKBD sieht dennoch eine Erhöhung der Bewilligungsmieten für Düsseldorf um 10 Cent pro Quadratmeter und eine jährliche Anhebung um 1,7 % ab Förderzusage vor. Die in diesem Punkt kritische Stellungnahme gegenüber dem Städtetag NRW wurde in der Verbändeanhörung zum Wohnraumförderungsprogramm am 12.01.2023 eingebracht. Das Wohnraumförderungsprogramm des Landes NRW wird voraussichtlich im Februar 2023 veröffentlicht.</p> <p>Durch das Schreiben vom 25.11.2022 an das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen und Digitalisierung und die stete Auseinandersetzung im Städtetag NRW mit dem Problem der steigenden Bewilligungsmieten ist dem Antrag der SPD Rechnung getragen worden. Inhaltlich sind die Bewilligungsmieten in Düsseldorf durch die im Februar veröffentlichten Wohnraumförderungsbestimmungen dennoch um 10 Cent pro Quadratmeter gestiegen. Der Antrag ist erledigt.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
12 Amt für Gleichstellung	Clearingstelle zur Akutaufnahme von gewaltbetroffenen Frauen (und ihren Kindern) umsetzungsreif weiterplanen (Antrag der Ratsfraktion von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, Vorlage RAT/226/2020)	18.06.2020 63.25	Ratsbeschluss
		11/2020	Das Konzept wird aktuell durch die frauenberatungsstelle düsseldorf e.V. erstellt.
		06/2021	Das Rahmenkonzept ist zwischenzeitlich durch die beauftragten Träger*innen in enger Abstimmung mit dem Amt für Gleichstellung erarbeitet und im Gleichstellungsausschuss vorgestellt worden. Auf dieser Grundlage wird durch das Amt für Soziales eine Beschluss-vorlage zur Entscheidung über die Beantragung von Fördermitteln sowie die Bereitstellung erforderlicher Eigenmittel für die Ratssitzung am 1.07.2021 vorbereitet.
		12/2021	Die Planungsmittel wurden zur Verfügung gestellt. Ein Fördermittel-antrag wurde beim Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ durch die frauenberatungsstelle e.V. gestellt, jedoch negativ beschieden. Daher konnte die Anmietung einer Immobilie nicht realisiert werden.
		06/2022	Es wurden der frauenberatungsstelle e.V. weitere Planungsmittel zur Verfügung gestellt für die Konkretisierung der Konzeption, die Identifizierung und Beantragung passender Fördermittel sowie die weitere Suche nach einer geeigneten Immobilie. Mögliche Fördermittel konnten bisher noch nicht ermittelt werden.
		01/2023	Die frauenberatungsstelle düsseldorf e.V. hat die Planung für eine Sofortaufnahme und Clearingstelle auf mehreren Ebenen vorangetrieben. Es konnte ein bundesweiter Fachaustausch mit den bereits bestehenden Sofortaufnahmen eingerichtet werden. Dann wurden weitere Abstimmungs-Gespräche mit einem

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		<p data-bbox="1077 608 1189 635">09/2023</p> <p data-bbox="1077 979 1189 1007">12/2023</p>	<p data-bbox="1294 304 2159 568">Immobilieninvestor für eine langfristige Einrichtung sowie mit dem potentiellen Vermieter einer geeigneten Immobilie für eine Projektdurchführung geführt. Zusätzlich wurde ein Minimal-Angebot kalkuliert. Dies entsprach dem Wunsch aus dem zuständigen Landes-Ministeriums. Dort wird eine finanzielle Beteiligung für die Projektumsetzung in Betracht gezogen. Erste Gespräche auf dem Weg zu konstruktiven Verhandlungen sind erfolgt.</p> <p data-bbox="1294 608 2159 935">Die Frauenberatungsstelle Düsseldorf e. V. hat die Konzeptionsphase zur Einrichtung der Clearingstelle abgeschlossen. Hierbei wurden neue Aspekte auf Grundlage eines bundesweiten Fachaustausches berücksichtigt und die Kostenkalkulation aktualisiert. Zurzeit werden weitere Fördermöglichkeiten durch das Land NRW und durch nichtstaatliche Institutionen geprüft. Bezüglich der räumlichen Umsetzung werden weiterhin Gespräche mit Immobilienunternehmen geführt, um die Realisierbarkeit des Vorhabens zu eruieren.</p> <p data-bbox="1294 979 2114 1075">Die Konzeption für eine Clearingstelle liegt vor. Eine Co-Finanzierung durch das Land NRW oder andere Stellen konnte nicht realisiert werden.</p> <p data-bbox="1294 1082 1749 1107">Damit ist dieser Beschluss erledigt.</p>
<p data-bbox="152 1118 188 1145">13</p> <p data-bbox="152 1219 188 1246">08</p>	<p data-bbox="293 1118 958 1214">Antrag der Ratsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Düsseldorfer Innenstadtkonferenz (Vorlage RAT/603/2021)</p>	<p data-bbox="1061 1118 1205 1177">18.11.2021 48.15</p> <p data-bbox="1077 1219 1189 1246">06/2022</p>	<p data-bbox="1294 1118 1487 1145">Ratsbeschluss</p> <p data-bbox="1294 1219 2159 1378">Die inhaltliche Konzeptionierung der Düsseldorfer Innenstadtkonferenz wird derzeit erarbeitet und erstellt. Aktuell finden Abstimmungsgespräche mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren statt, die für die Ausgestaltung der Konzeption und der Besetzung der geplanten Lenkungsgruppe etc. von Bedeutung</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
			Damit hat sich der Antrag erledigt.
16 02	Antrag der Ratsfraktionen von Die PARTEI-Klima-Fraktion und DIE LINKE: Angebot schafft Nachfrage – Das Executive Terminal des Düsseldorfer Flughafens passt nicht zu den Klimazielen der Landeshauptstadt (RAT/071/2023)	09.03.2023 25.1 08/2023 04/2024	Ratsbeschluss Der Flughafen Düsseldorf GmbH wurde der Antrag zur Verfügung gestellt. Die thematische Befassung des Aufsichtsrates hat vor dem Hintergrund des neuen Änderungsantrags zum laufenden Planfeststellungsverfahren, der auch Auswirkungen auf die Verkehre des Executive Terminals hat, noch nicht stattgefunden. Der Rat der LHD hat in seiner Sitzung am 09.03.2023 den mehrheitlichen Beschluss gefasst, die städt. Vertreterinnen und Vertreter im Aufsichtsrat der FDG aufzufordern, auf die Betriebseinstellung des von der Firma Jet Aviation betriebenen Executive Terminal bis zum 31.12.2025 hinzuwirken. Vor dem Hintergrund dieser Beschlusslage hat die Gesellschafterin LHD den Flughafen gebeten, die Frage bzgl. der Beendigung des Executive Terminals als Tagesordnungspunkt in den Versammlungen von AR und GV zu behandeln. Die Geschäftsführung kam dieser Bitte in der Sitzung des Aufsichtsrates am 18.12.2023 mit einer ausführlichen Darstellung der Thematik nach. Damit ist dieser Antrag erledigt.
17 07	Antrag der Ratsfraktionen von FDP und SPD: Modellstadt für die kontrollierte Abgabe von Cannabis (RAT/254/2023)	09.11.2023 62.1	Ratsbeschluss

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		04/2024	Entsprechend des Ratsbeschlusses wurde dem Bundesministerium für Gesundheit am 15.11.2023 der Ratsbeschluss übermittelt und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei einem Modellvorhaben mitgeteilt. Der Ratsbeschluss ist erledigt.
18 02	Antrag der FDP-Ratsfraktion: Den Flughafen fair betreiben (RAT/331/2023)	09.11.2023 62.7 04/2024	Ratsbeschluss Der Flughafen unterrichtete ausführlich zu den in diesem Antrag angesprochenen Themen in seiner AR Sitzung vom 18.12.2023. Vorgestellt wurde u.a. das Instrumentarium lärm- und luftschadstoffabhängige Landeentgelte, mit denen Anreize zum Einsatz lärmgeminderter Flugzeuge erfolgt. Zusätzlich erfolgten passive Schallschutzmaßnahmen, Maßnahmen zur Reduktion von Lärm und Abgasen am Boden sowie der Einsatz moderner Flugzeugtypen. Außerdem engagiere sich der Flughafen Düsseldorf in Forschungsprojekten zur Minderung von Fluglärm. Damit ist dieser Antrag erledigt.
19 08	Antrag der Ratsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu: Ganzjährige Öffnung der städtischen Hallenbäder - insbesondere der Münstertherme und des Schwimm' in Bilk - und der drei Saunen der Düsseldorfer Bädergesellschaft (RAT/342/2023)	09.11.2023 62.8.1 04/2024	Ratsbeschluss Bis auf die revisionsbedingten Schließungen haben im Jahr 2024 alle Hallen- und Freibäder inkl. Saunen geöffnet. Besonderheiten: ➤ Öffnungszeiten der Bäder Münster-Therme (inklusive Sauna) und Unterrath in der Freibadsaison einschichtig. Die Öffnungszeiten sind im Wechsel der Bäder vormittags oder nachmittags. Die Münster-Therme öffnet von Dienstags-Samstag von 7:00- 14:00 Uhr. Das Bad in Unterrath öffnet von

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
			<p>Dienstag – Freitag und sonntags in der Zeit von 14:00- 21:00 Uhr.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Einführung einer Bäderampel im Kombibad Rheinbad. (witterungsbedingte Öffnung des Hallenbades oder des Freibades). ➤ Schließung der Suomi-Sauna im Familienbad Niederheid von Juni bis August aufgrund von Umbauarbeiten. <p>Der Antrag ist damit erledigt.</p>
20 09	Antrag der Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP: Aufnahme Geflüchteter aus Afghanistan (Vorlage RAT/525/2021)	18.11.2021 48.3 11/2021	<p>Ratsbeschluss</p> <p>Zwischen Mitte Juli und Mitte August sind 37 Personen (afghanische Ortskräfte und ihre Familien) unangekündigt am Düsseldorfer Flughafen gelandet und wurden durch Amt 54 vorübergehend in der Kommunalen Erstaufnahme aufgenommen. Auf Bitten der Bezirksregierung wurden hiervon neun Personen fest aufgenommen. Die anderen 28 Personen wurden in Absprache mit der Bezirksregierung auf andere Kommunen verteilt.</p> <p>Weitere 21 Personen wurden in diesem Zeitraum regulär und nach Ankündigung aufgenommen.</p> <p>Insgesamt sind in Düsseldorf aktuell 47 Personen (afghanische Ortskräfte und ihre Familien) untergebracht.</p> <p>„Ausreise-Gespräche“ im Bereich des Rückkehrmanagements, hier insbesondere zur freiwilligen Ausreise, finden nicht mehr statt. Bei Duldungsverlängerungen wird afghanischen Staatsangehörigen ein Schreiben mitgegeben bzw. an sie versendet, dass sie nach entsprechender rechtlicher Beratung durch Beratungsstellen und/oder Rechtsanwälte die Möglichkeit haben, beim BAMF einen Asylfolgeantrag zu stellen.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		06/2022	Insgesamt sind bis dato 71 Personen aufgenommen und zugewiesen worden.
		12/2022	Aktuell sind insgesamt 72 Personen aufgenommen und zugewiesen worden.
		08/2023	Bis einschließlich Juni 2023 sind keine weiteren afghanischen Ortskräfte mit ihren Familien in der LHD registriert worden.
		04/2024	Kein neuer Sachstand.
21 09	Antrag der Ratsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Deutsches Fotoinstitut – die nächsten Schritte (RAT/250/2023)	15.06.2023 40.4 08/2023	Ratsbeschluss Die Verwaltung hat dem „Verein zur Gründung und Förderung eines Deutschen Fotoinstituts e. V.“ (DFI e. V.) im laufenden Jahr überplanmäßig bis zu 76.000 Euro zur Verfügung gestellt (Zuwendungsbescheid). Eine erste Auszahlung über 36.000 Euro ist bereits erfolgt.
		04/2023	Die Auszahlung der Mittel ist erfolgt.
22 09	Antrag der Ratsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP: Eintrittsvergünstigungen in der Kultur für Kinder und Jugendliche (RAT/255/2023)	09.11.2023 62.2 04/2024	Ratsbeschluss Gemäß Ratsbeschluss vom 09.11.2023 (RAT/255/2023) wurde eine entsprechende Informationsvorlage erstellt und als Informationsvorlage in folgende Gremien eingebracht und dort zur Kenntnis genommen: Kulturausschuss: 25.01.2024

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
			<p>Schulausschuss: 27.02.2024 Jugendhilfeausschuss: 13.03.2024</p> <p>Es ergaben sich keine unmittelbaren weiteren Arbeitsaufträge. Im Kulturausschuss wurde der Wunsch geäußert, die Übersicht zu den vergünstigten Eintritten digital zu veröffentlichen. Dies befindet sich aktuell in Umsetzung.</p>
23 09	Antrag der Ratsfraktionen von SPD, FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und Die PARTEI-Klima-Fraktion: Hebräisches Straßenschild für den Paul-Spiegel-Platz (RAT/387/2023)	09.11.2023 (62.20) 04/2024	Ratsbeschluss Die Familie Spiegel lehnt das Straßenschild ab. Es sind weitere Gespräche seitens der Fraktionen mit der Familie notwendig.
24 04	Antrag der Ratsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Deutschlandticket als kostenloses Jobticket (RAT/196/2023)	15.06.2023 40.2 08/2023 04/2024	Ratsbeschluss Die Verwaltung hat Kontakt zum Landesgesetzgeber und dem Kommunalen Arbeitgeberverband aufgenommen. Eine Rückmeldung hierzu steht noch aus. Es ist abschließend festzustellen, dass in Ermangelung entsprechender Grundlagen im TVöD sowie im Landesbesoldungsgesetz NRW, die rechtssichere, kostenfreie Gewährung eines Deutschlandtickets als Jobticket für die Beschäftigten der Landeshauptstadt Düsseldorf nicht möglich ist.

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		09/2018	<p>standortbezogene Schritte abgestimmt, bei denen sowohl die Belange der Unterbringung von Obdachlosen als auch der Erschließung zusätzliche Baugrundstücke zur Wohnbebauung berücksichtigt werden.</p> <p>Antwort Dezernat 03</p> <p>Die für Wohnungsbau geeigneten Flächen mit bestehendem Baurecht werden nach Ende der Nutzung durch die Flüchtlingsunterkünfte vermarktet. Flächen, für die Baurecht geschaffen werden muss, befinden sich in der Vorbereitung entsprechender Bebauungsplanverfahren.</p> <p>Prüfliste Standorte Wohnmodulanlagen</p> <p>1)Am Wald 128 a</p> <p>B-Plan 6171/38 - öffentliche Grünfläche- Sportanlage mit Zubehörbauten</p> <p>Sowohl Wohnheime für Obdachlose als auch Wohnungen sind nur mit Änderung des Planungsrechtes denkbar. In der Liste der zur Überplanung anstehenden Grundstücke wurde dieses Grundstück als ungeeignet klassifiziert.</p> <p>2) Benrodestraße 132</p> <p>Hier existiert der Fluchtlinienplan 5970/20 mit dem Text-B-Plan für den Stadtbezirk 9, der hier u.a. ein Gewerbegebiet festsetzt.</p> <p>Sowohl Wohnheime für Obdachlose als auch Wohnungen sind</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
			<p>nicht zulässig.</p> <p>Eine Überplanung des Gebietes ist seitens des Investors geplant, eine zeitliche Perspektive kann aber noch nicht genannt werden.</p> <p>3) Blanckertzstraße 17</p> <p>Das Grundstück ist nach § 34 BauGB zu beurteilen. Die Umgebung ist als reines Wohngebiet zu werten. Danach sind gem. § 2 BauNVO keine Wohnheime größerer Ordnung zulässig, Wohnen wohl.</p> <p>Der Standort der Anlage für Asylbewerber befindet sich aber auf dem Grundstück mit der Hausnummer 10. Hier sind ein Altenheim und Altenwohnungen festgesetzt, die Anlage befindet sich auf festgesetzten Stellplatzflächen. Eine Nutzung für Wohnheime und Wohnen ist ohne Planänderung nicht möglich.</p> <p>Hier ist eine Überplanung angedacht für den Zeitpunkt der Verlagerung der heutigen Altenheimnutzung.</p> <p>4) Duderstädter Straße</p> <p>Hier ist ein GE-Gebiet festgesetzt, in dem beide Nutzungsarten nicht zulässig sind.</p> <p>Antwort Dezernat 06</p> <p>Die Überprüfung und Abstimmung der beteiligten Ämter hat ergeben, dass der Standort Heyestraße 51-53 zur Wohnbebauung geeignet ist. In Kooperation mit der SWD soll dort nun geförderter Wohnraum entstehen, wo zu einem Drittel</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		03/2019	<p>Menschen mit Wohnberechtigungsschein, zu einem Drittel anerkannte Asylbewerber aus den Flüchtlingsunterkünften und zu einem Drittel wohnungslose Menschen aus den Obdachlosenunterkünften leben können. Weitere Standorte werden noch geprüft.</p> <p>Die Unterkunft Kappeler Str. wird zu Ende März aufgegeben. Auf dem Grundstück soll die neue Eissporthalle Benrath entstehen. Die Prüfung der übrigen Grundstücke dauert im Hinblick auf Verlängerung, Aufgabe oder Umnutzung noch an.</p>
		11/2019	<p>Die Räumlichkeiten am Vogelsanger Weg 49, die bis 03/2018 als Kommunale Erstunterkunft genutzt wurden, werden nun für die Winternothilfe für Obdachlose genutzt. Weitere Prüfungen zur Umnutzung von Unterkünften werden aktuell durchgeführt.</p>
		01/2020	<p>Im Objekt Graf Adolf Str. sind die Humanitären Hilfen für EU Bürger und die Winternothilfe zusammengeführt worden.</p>
		05/2020	<p>Die Unterkunft an der Blanckertzstraße ist leergezogen und wird aktuell vom Gesundheitsamt als Quarantänestation für Corona-Infizierte genutzt.</p>
		11/2020	<p>Die Wohnmodulanlage Blanckertzstr. wurde am 05.11.2020 an die IDR zurückgegeben.</p> <p>Die Mietverträge aller sich in der Nutzung befindenden Wohnmodulanlagen werden derzeit für jeweils ein Jahr verlängert. Die Verträge verlängern sich immer um ein weiteres Jahr, es sei denn eine der Parteien kündigt.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		05/2021	<p>Seit dem 01.04.2021 wird aufgrund mangelnder Kapazitäten die Wohnmodulanlage Meineckestraße zur Unterbringung Obdachloser Menschen genutzt. Hier leben Menschen, die im Zuge der Auflösung des Camps an der Mindener Straße (Amtsgericht) aufgenommen wurden sowie weitere Aufnahmen von Platten aus dem Stadtgebiet. Zudem wurden nach Beendigung der Corona bedingten Nutzung des A&O Hostels die Menschen in die Meineckestraße verlegt.</p> <p>Am Standort „Zum Märchenland“ wird das Festgebäude vertragsgemäß zum 31.10.2021 aufgegeben. Die Wohnmodulanlage an diesem Standort ist bereits leergezogen. Eine Weiternutzung dieser Anlage an anderer Stelle wird aktuell mit dem Amt 40 abgestimmt.</p> <p>Verwaltungsintern wurde keine weitere Verwendung für die Unterkunft „Zum Märchenland“ gefunden, deshalb wird die Anlage aktuell abgebaut und eingelagert. Aufgrund des Bedarfes wurde die Nutzung der Unterkunft Duderstädter Straße bis Ende 2023 verlängert.</p>
		11/2021	Kein neuer Sachstand.
		06/2022	Kein neuer Sachstand.
		12/2022	Derzeit sind 22 Bestandsobjekte für geflüchtete Menschen angemietet.
		08/2023	<p>Darüber hinaus stehen insgesamt 91 Objekte sowie über hundert einzelne Einheiten für geflüchtete Menschen aus der Ukraine zur Verfügung.</p> <p>Derzeit sind 22 Bestandsobjekte für geflüchtete Menschen</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		11/2021	<p>Parallel zur Öffentlichkeitsbeteiligung werden weitere Themen, wie die Standorte in Bezug auf eine Interimsstätte oder einen möglichen Neubau sowie die Opernkonzeption vertiefend betrachtet. Alle Aspekte fließen anschließend gebündelt in den Entscheidungsprozess ein. Der Grundsatzbeschluss zum Opernhaus der Zukunft soll möglichst Ende des Jahres herbeigeführt werden.</p> <p>Im Sommer 2021 werden weitere für den Funktionserhalt unvermeidbare Maßnahmen umgesetzt. Dazu zählt die Erneuerung des Bühnenwagens (KUA/020/2019), die Erneuerung der Zuschauerbeschallung und des Tonmischpultes (Unvermeidbare Teilmaßnahme Tontechnik KUA/115/2020) sowie die Brandschutzertüchtigung der Stützen zwischen Zuschauerraum und Foyerbereich sowie die Medienleitungsführung in den Foyers (Unvermeidbare Teilmaßnahmen Brandschutz KUA/159/2020).</p> <p>Die Öffentlichkeitsbeteiligung zum Opernhaus der Zukunft wurde vom 18. Mai 2021 bis 25. August 2021 in verschiedenen Formaten durchgeführt. Die Ergebnisse wurden im 3. Dialogforum am 25. August 2021 sowie auf der nach wie vor einsehbaren Website „www-dialog-opernhaus-duesseldorf.de“ eingestellt. Die Bewertungen der verschiedenen Varianten (Basissanierung, Erweitere Sanierung und Neubau an fünf Standorten) einschließlich der Öffentlichkeitsbeteiligung wurden der Projektgruppe „Opernhaus der Zukunft“ am 10. September 2021 vorgestellt sowie u.a. die Reduzierung der Standorte auf zwei und das weitere Vorgehen mit der Projektgruppe abgestimmt. Auf Grundlage dieser Abstimmung wurde der Grundsatzbeschluss erstellt.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		12/2021	<p>Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf nimmt die Ergebnisse der Untersuchungen zum Bestandsgebäude sowie der Machbarkeitsstudien auf Grundlage des Bedarfsprogramms der Oper an der Heinrich-Heine-Allee 16a, die Ergebnisse der Standortuntersuchungen (Heinrich-Heine-Allee, Am Wehrhahn) für einen möglichen Opernneubau und zur Öffentlichkeitsbeteiligung zur Kenntnis.</p> <p>Es wurde beschlossen eine Sanierung des Opernhauses nicht weiter zu verfolgen, ausgenommen Sanierungsmaßnahmen, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes absolut zwingend erforderlich sind.</p> <p>Mit der Einholung des Grundsatzbeschlusses ist die Arbeit der Projektgruppe "Opernhaus der Zukunft" abgeschlossen. Zur weiteren Begleitung des Vorhabens soll ab 2022 eine Kleine Kommission "Opernhaus der Zukunft" (gem. RAT/409/2020 – Einheitliche Besetzung der vom Rat gebildeten Kleinen Kommissionen) eingerichtet werden.</p> <p>Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung mit weiteren vertiefenden Planungen zum Neubau eines Opernhauses der Zukunft.</p>
		04/2022	<p>Ratsbeschluss Deutsche Oper am Rhein – Opernhaus der Zukunft</p> <p>Verfahren zur Herbeiführung einer Standortentscheidung (KUA/038/2022)</p> <p>Der Rat beauftragt die Verwaltung einen städtebaulichen Wettbewerb für die bereits für einen Neubau des Opernhauses identifizierten zwei Alternativstandorte Heinrich-Heine-Allee 16a und Am Wehrhahn 1 vorzubereiten. Die Auslobung des städtebaulichen Wettbewerbs soll nach der Sommerpause als Grundlage des Verfahrens im APS unter Einbeziehung des Kulturausschusses beschlossen werden.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		12/2022	<p>Die Projektleitungs- und Steuerungsaufgaben bis zur Standortentscheidung wird an das städtische Tochterunternehmen IPM übertragen. Außerdem wird die 2. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Programmatik „Mehr als Oper“ auf Grundlage des erarbeiteten Konzeptes in die Wege geleitet. Der grobe Ablauf des Projekts stellt sich wie folgt dar:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beschluss zur Auslobung des städtebaulichen Wettbewerbes im 3. Quartal 2022 • Ergebnisse des städtebaulichen Wettbewerbes und Beschluss zur Standortentscheidung: 1. Quartal 2023 <p>Daran schließt sich das Verfahren für den Realisierungswettbewerb an. Es tagen in regelmäßigen Abständen die Ämterrunde, der Lenkungskreis und die Kleine Kommission Opernhaus der Zukunft.</p> <p>Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung durch den Ratsbeschluss am 08.09.2022</p> <p>a) einen städtebaulichen Ideenwettbewerb für die beiden Alternativstandorte Heinrich-Heine-Allee 16a und Am Wehrhahn 1 durchzuführen (KUA/079/2022). Die Auslobungsunterlagen für den Wettbewerb werden als nichtöffentliche Beschlussvorlage (KUA/089/2022) eingebracht;</p> <p>b) die zweite Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Programmatik „Mehr als Oper“ auf Grundlage des erarbeiteten Konzeptes in die Wege zu leiten (KUA/079/2022).</p> <p>Die überplanmäßig erforderlichen Planungsmittel werden ebenfalls beschlossen (KUA/093/2022).</p> <p>Der weitere Ablauf des Projektes stellt sich wie folgt dar:</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		06/2023	<p>Die Ergebnisse des städtebaulichen Ideenwettbewerbs liegen im 1. Quartal 2023 vor. Daran anschließend wird durch die Verwaltung eine Standortempfehlung erarbeitet. Die Standortentscheidung selbst folgt im 2. Quartal 2023. Vorbehaltlich der Entscheidung durch die LHD schließt sich die Vorbereitung des Realisierungswettbewerbs an.</p> <p>1. Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt den Standort Heinrich-Heine-Allee für die Umsetzung eines Neubaus des Opernhauses der Zukunft.</p> <p>2. Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung:</p> <p>a) einen Architekten- und Ingenieurwettbewerb für das Opernhaus der Zukunft am Standort Heinrich-Heine-Allee vorzubereiten,</p> <p>b) mit der Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Umsetzung der Interimsspielstätte,</p> <p>c) die dargestellten sonstigen Schritte für die Planung des Neubaus vorzubereiten (Verlegung Hauptsammler und Hochspannungsleitung, Abstimmung Denkmalschutz, Öffentlichkeitsbeteiligung)</p> <p>d) die vorgenannten Planungs- und Bauaufgaben (a) an das städtische Tochterunternehmen Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH (IPM) in Bauherrenfunktion zu übertragen.</p> <p>3. Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf stimmt der überplanmäßigen Mittelbereitstellung in Höhe von 2.840.000 EUR durch die Stadtkämmerin zu. Im Haushalt 2024 werden zusätzliche erforderliche Mittel in Höhe von 1.310.000 EUR bereitgestellt.</p> <p>Die Stadtkämmerin wird ermächtigt die Mittel auf dem Produkt 7.90000668, Konto 78510000 bereitzustellen.</p> <p>Dem Ergänzungsantrag der SPD-Ratsfraktion, weitere</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		<p data-bbox="1077 437 1187 464">04/2024</p> <p data-bbox="1077 639 1187 667">10/2024</p>	<p data-bbox="1294 301 2112 400">Möglichkeiten als temporäre Interimsspielstätten zu prüfen und dem Kulturausschuss, dem APS sowie dem AÖE vorzulegen, wird mehrheitlich zugestimmt.</p> <p data-bbox="1294 437 2157 600">Für die kommende Ratssitzung am 8. Mai sind Beschlussvorlagen zur Herbeiführung eines Bedarfsbeschlusses für die Errichtung einer Interimsspielstätte sowie der Auslobungsbeschluss für den Architekten und Ingenieurswettbewerb für den Opernneubau eingebracht.</p> <p data-bbox="1294 639 2112 738">Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt, unter Vorbehalt des Beschlusses RAT/243/2024 im nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung am 27.06.2024, wie folgt:</p> <ol data-bbox="1294 743 2157 1380" style="list-style-type: none"> <li data-bbox="1294 743 2157 906">1. Die Aufhebung des Beschlusses KUA/041/2023 vom 15.06.2023, in dem der Standort Heinrich-Heine-Allee für die Umsetzung eines Neubaus des Opernhauses der Zukunft beschlossen wurde. Ausgenommen von der Aufhebung ist Punkt 3. der Beschlussdarstellung (Mittelbereitstellung). <li data-bbox="1294 911 2157 975">2. Den Standort Am Wehrhahn 1 und Oststraße 15 für die Umsetzung eines Neubaus des Opernhauses der Zukunft. <li data-bbox="1294 979 2157 1380">3. Die Beauftragung der Verwaltung: <ol data-bbox="1294 1015 2157 1380" style="list-style-type: none"> <li data-bbox="1294 1015 2157 1114">a) einen Architekten- und Ingenieurwettbewerb für das Opernhaus der Zukunft am Standort Am Wehrhahn 1 und Oststraße 15 vorzubereiten, <li data-bbox="1294 1118 2157 1217">b) mit der Durchführung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Deutschen Oper am Rhein im jetzigen Gebäude (Heinrich-Heine-Allee 16a), <li data-bbox="1294 1222 2157 1350">c) mit der Prüfung der Unterbringung eines Hochregallagers als Lagerstätte des Opernfundus der Deutschen Oper am Rhein sowie der Clara-Schumann-Musikschule am neuen Standort Am Wehrhahn 1 und Oststraße 15, <li data-bbox="1294 1355 2157 1380">d) die vorgenannten Planungs- und Bauaufgaben an das

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
			städtische Tochterunternehmen Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH (IPM) in Bauherrenfunktion zu übertragen.
27 04/DM	Respekt für Rettende, Helfende und Personen mit öffentlichen Aufgaben (Antrag der Ratsfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, Vorlage RAT/144/2019)	06.02.2020 22.4 06/2020 11/2020 06/2021	Ratsbeschluss Ein erstes Gespräch zwischen dem BGM und der DM hat bereits stattgefunden. An einem Konzept wird aktuell gearbeitet. Aufgrund der Corona-Pandemie mussten jedoch weitere Gespräche vertagt werden. Sobald es die Situation zulässt, werden die Gespräche zur Kampagne wiederaufgenommen. Die DM hat in Abstimmung mit dem BGM und dem Hauptamt Entwürfe für konkrete Inhalte der Respektskampagne zusammengestellt. Aufgrund der Covid 19-Pandemie ist derzeit der Fokus der Öffentlichkeitswahrnehmung auf die Dankbarkeit gegenüber Helfenden im Kontext der Pandemiebewältigung gerichtet, so dass eine Respektskampagne im Kontext der Gewaltthematik zu aktuellen Zeiten in den Hintergrund treten würde und somit nicht zielführend wäre. Aufgrund dessen wird das BGM die Terminierung der Kampagne zur Gewährleistung eines hohen Kommunikationserfolges zunächst verwaltungsintern hinsichtlich des Zeitpunktes abstimmen. Sobald die Terminierung geklärt ist, wird die DM die Entwürfe in Verbindung mit den einhergehenden Kosten in den politischen Gremien zur Abstimmung vorstellen. Pandemiebedingt liegt der Fokus der Öffentlichkeitswahrnehmung derzeit verständlicherweise auf den Impfgeschehnissen und Öffnungsstrategien. Die Umsetzung der Respektskampagne zum jetzigen Zeitpunkt wäre daher diesem wichtigen Thema nicht angemessen. Somit nutzt die Verwaltung die Zeit, um eine inhaltliche Anpassung an der bisherigen Konzeption

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		06/2022	<p>vorzunehmen. Mit dem Ziel, diese – sobald ein potenzieller Einstiegszeitpunkt für die Platzierung einer derartigen Kampagne in der Öffentlichkeit gesehen wird – in den politischen Gremien vorstellen zu können.</p> <p>Es wurde eine modulare Kampagnenkonzepktion mit der DM vorgenommen, welche den ordnungspolitischen Sprecher*innen der Fraktionen im Rahmen eines Workshops vorgestellt wird. Im Anschluss sollen mögliche Sponsoren bzw. weitere Kooperationspartnerinnen und –partner angesprochen werden. Abschließend wird dem Rat das Ergebnis, inkl. Finanzierungsvorschlag zur Entscheidung vorgelegt. Der Auftakt ist für den Sommer 2022 geplant.</p>
		01/2023	<p>Aufgrund der parallelen Medienarbeit zu dem Projekt „Sicherheit in der Innenstadt“ (SIDI) stimmt die Verwaltung derzeit die Handlungs-stränge der Kampagne mit der Projektleitung SIDI und dem Polizeipräsidentium Düsseldorf ab, um Synergieeffekte mit bestmöglicher Öffentlichkeitswahrnehmung hervorzurufen.</p>
		08/2023	<p>Da die Respektkampagne Einfluss auf die Außenwahrnehmung der Arbeitgeberin Landeshauptstadt Düsseldorf nimmt, werden derzeit inhaltliche und terminliche Abstimmungen im Rahmen der aktuellen strategischen Ausrichtung des Personalmarketings und den damit einhergehenden Kampagnenplanungen innerhalb der Verwaltung finalisiert. Die Kommunikation rund um das Thema Respekt soll dabei aus 2 Bausteinen bestehen: Der außenwirksame Baustein soll den Respekt gegenüber Personen mit helfenden Aufgaben bei den Bürgerinnen und Bürgern fokussieren. Der verwaltungsintern ausgerichtete Kampagnenbaustein zielt auf die Bekanntmachung von Gewaltpräventionsangeboten zur Unterstützung der</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		<p>04/2024</p> <p>10/2024</p>	<p>Verwaltungsmitarbeitenden ab. Die konkrete Umsetzung soll jetzt so schnell wie möglich erfolgen.</p> <p>Im Februar 2024 wurde die verwaltungsinterne Kampagne als ein Themenmonat zum „Internen Gewaltschutz“ umgesetzt. Es wurden 10 Impulsvorträge für alle interessierten Beschäftigten durchgeführt. Die Impulsvorträge wurden von dem NRW-Präventionsnetzwerk #sicherimdienst, der Unfallkasse NRW, dem Gesundheitsamt, dem OPEN TEAM der Feuerwehr, der technischen Arbeitssicherheit, der Konfliktberatungsstelle und durch die Beauftragte für Gewaltprävention der Stadtverwaltung gehalten.</p> <p>Die aktuell anlaufende, externe Imagekampagne der LHD zählt auch auf das wichtige Thema „Respekt“ ein.</p> <p>Die interne Kampagne der LHD zum Thema Gewalt ist abgeschlossen. Die noch laufende, allgemeine externe Imagekampagne der LHD, die auch auf das Thema einzahlt, endet nach aktueller Planung zum 31.12.2024. Aus Sicht der Verwaltung sind weitere Maßnahmen derzeit nicht gewinnbringend.</p>
28 09	Gastronomie und Kultur im Nordpark (Antrag der Ratsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vorlage RAT/496/2021)	<p>16.09.2021 45.10</p> <p>11/2021</p> <p>06/2022</p> <p>12/2022</p>	<p>Ratsbeschluss</p> <p>Noch nicht bearbeitet. Zuständigkeit zwischen 23 und 41 strittig.</p> <p>Abstimmungsgespräche zwischen Dezernat 02 und 09 haben stattgefunden.</p> <p>Unter Federführung von Dezernat 09 wird ein kulturelles und gastronomisches Gesamtkonzept entwickelt. Die Ausarbeitung findet in der Zusammenarbeit mit den Dezernaten 02, 03 und 05</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		<p data-bbox="1070 400 1189 432">08/2023</p> <p data-bbox="1070 603 1189 635">04/2024</p> <p data-bbox="1084 906 1196 938">10/2024</p>	<p data-bbox="1294 300 2130 363">statt. Bei künftigen gastronomischen Nutzung ist zwingend auch das Nordparkcafé in das Gesamtkonzept einzubinden."</p> <p data-bbox="1294 400 2114 568">Ab August 2023 sind das Ballhaus sowie das Nordpark-Café in die Zuständigkeit von Amt 41 übertragen worden. Im Ballhaus finden in den Sommermonaten wieder Ausstellungen statt. Bezüglich des Gesamtkonzeptes Nordpark finden noch ämterübergreifende Abstimmungen statt.</p> <p data-bbox="1294 603 2152 871">Zurzeit wird eine Machbarkeitsstudie zur Erweiterung des Aquazoo's erarbeitet. Deren Aufgabenstellung ist in Abstimmung mit Dezernat 05 und Amt 68 dahingehend erweitert worden, dass ein das Ballhaus und das Nordparkcafé umfassender Parkbereich mit in die Untersuchung einbezogen wird. Ergebnisse der Machbarkeitsstudie werden im 3. Quartal 2024 erwartet. Das Nordparkcafé wurde zum 01.04.2024 an die Co + Co Gastronomie GmbH bis zum 29.02.2029 vermietet.</p> <p data-bbox="1294 906 2107 1042">Das Ballhaus ist in Betrieb und in den Sommermonaten finden Ausstellungen statt. Das Nordparkcafé wurde am 28.03.24 übergeben und am 26.06.24 in Betrieb genommen. Ratsbeschluss wurde ausgeführt.</p>
29	Antrag der Ratsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Angebote für Freiwilligendienste bei der Stadt Düsseldorf (RAT417/2022)	17.11.2022 47.23	Ratsbeschluss
04		01/2023	Der Antrag umfasst in Summe drei einzelne Prüfaufträge. Der erste Auftrag, zu prüfen, ob die LHD künftig auch ein Freiwilliges Ökologisches Jahr anbieten kann, wird im Zuge der jährlichen Ausbildungsbedarfsplanung abgewickelt. Bis Ende März 2023 werden die Fachbereiche dem Amt 10 u.a. Rückmeldungen zu dieser Fragestellung geben.

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		08/2023	<p>Die beiden weiteren Prüfaufträge (bessere Auffindbarkeit der Freiwilligendienst-Angebote sowie zielgerechtere Kommunikation) sind abhängig von verwaltungsintern noch zu fassenden Beschlüssen zur Umsetzung der von einer externen Agentur erarbeiteten Mediastrategie. Die empfohlene Mediaplanung beinhaltet u.a. eine externe Überarbeitung der Homepage/Karriereseiten der LHD sowie eine neue Ausbildungskampagne für das Einstellungsjahr 2024.</p> <p>Im Rahmen der jährlichen Abfrage zur Ausbildungsbedarfsplanung hat die VHS für 2024 und 2025 jeweils einen FÖJ-Platz angemeldet.</p> <p>Bessere Auffindbarkeit der Freiwilligendienst-Angebote sowie zielgerechtere Kommunikation: Im Rahmen der Ausbildungskampagne, die auch das Bewerben von Freiwilligendienst-Angeboten umfasst, wurde eine fundierte zielgruppenspezifische Media- und Maßnahmenstrategie durch eine externe Agentur in Kooperation mit der DM und dem Hauptamt entwickelt. Die Strategie definiert die Medien, über die u.a. die Zielgruppe „Nachwuchskräfte“ angesprochen werden sollten und wird erstmalig im Rahmen der Ausschreibung der Ausbildungs- und Studienplätze sowie der Freiwilligendienst-Angebote für das Einstellungsjahr 2024 umgesetzt. Aktuell wird zudem eine kreative Leitidee zur Umsetzung der Azubi Kampagne entwickelt. Die Kampagne soll Ende August 2023 ausgespielt werden.</p> <p>Darüber hinaus wurde auch der Internetauftritt des Hauptamtes sowie das dort befindliche Angebot analysiert. Derzeit wird eine von der Seitenstruktur von „duesseldorf.de“ ausgegliederte</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		11/2024	<p>Karriere-Website erstellt. Als Interimslösung bietet eine Landingpage einen besseren Aufbau der Inhalte, so dass Angebote der LHD von der Zielgruppe besser gefunden werden und die Hürde eine Bewerbung einzureichen, so klein wie möglich gehalten wird.</p> <p>Neben der Auszubildenden Kampagne wurde eine Imagekampagne mit fünf Motiven veröffentlicht. Die Karriere-Seite auf der Internetpräsenz www.duesseldorf.de ist erstellt und an ein prominenter Stelle der Startseite ein „Karriere“-Link eingefügt, der direkt auf die Unterseite führt. Dort finden sich neben den jeweils offenen Stellenangeboten unter dem Reiter „Stellen“ über wenige Klicks auch der Bereich „Ausbildung, Studium, [...], Praktika & Freiwilligendienst“.</p>
30 09	Antrag der Ratsfraktionen von SPD, FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und Die PARTEI-Klima-Fraktion: Hebräisches Straßenschild für den Paul-Spiegel-Platz (RAT/387/2023)	09.11.2023 (62.20)	Ratsbeschluss
		04/2024	Die Familie Spiegel lehnt das Straßenschild ab. Es sind weitere Gespräche seitens der Fraktionen mit der Familie notwendig.
		10/2024	Kein neuer Sachstand.
31 01/17 Amt für Gleichstellung	Unterstützung von LGBT+ in Warschau – Intensivierung der Städtepartnerschaft (Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP, Vorlage RAT/292/2020)	08.10.2020 11/2020	<p>Ratsbeschluss</p> <p>Aktuell laufen die verwaltungsinternen Abstimmungen zwischen dem Gleichstellungsbüro und dem Büro für Internationale und Europäische Angelegenheiten, wie der Ratsbeschluss betreffend der Realisierung eines Austausches umgesetzt werden kann.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		06/2021	Inzwischen haben bereits zwei virtuelle Treffen mit Vertreter*innen der Politik, der Stadtverwaltung und der LSBTIQ+ Community stattgefunden, die seitens des Gleichstellungsbüros und des Büros für Internationale und Europäische Angelegenheiten organisiert wurden. Kontakte zu Vertreter*innen der Community und der Stadtverwaltung in Warschau sind aufgenommen und erste Ideen für gemeinsame Aktivitäten zusammengetragen.
		11/2021	Der Kontaktaufbau zur LSBTIQ+ Community in Warschau ist erfolgt. Gemeinsame Veranstaltungen haben stattgefunden, wie gegenseitige Besuche in Warschau und Düsseldorf. Die Teilnahme des Düsseldorfer Vereins Phönix e.V. an einem Volleyballturnier in Warschau wurde durch einen Zuschuss von 01/17 finanziert, ebenfalls die Reisekosten sowie die Unterkunft der Gäste aus Warschau zum CSD Düsseldorf. Neben persönlichen Begegnungen fanden Online-Veranstaltungen zur Situation der LSBTIQ+ Community in Warschau statt. Der entstandene Kontakt bleibt bestehen und wird im Rahmen der Städtepartnerschaft verfestigt.
		06/2022	Die LGBTQ+-Stelle, die den Austausch mit Warschau zu diesem Thema federführend begleitet hat, befindet sich aktuell im Nachbesetzungsverfahren. Im Anschluss an die Besetzung folgen weitere Aktivitäten.
		01/2023	Die LSBTIQ+ Stelle ist seit dem 02.01.2023 wiederbesetzt und wird dieses Thema perspektivisch in Kooperation mit 01/17 wiederaufnehmen.
		09/2023	Die LSBTIQ+ Stelle ist aufgrund eines internen Wechsels derzeit

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		<p>04/2024</p> <p>11/2024</p>	<p>vakant, aber wird in Kürze wiederbesetzt. In den vergangenen Monaten wurden Gespräche mit lokalen Akteur*innen geführt, die Interesse an einer Zusammenarbeit mit Organisationen in Warschau haben. Perspektivisch sollen in diesem Rahmen weitere Aktivitäten geplant werden, um Kooperationen zu fördern und die Bedürfnisse der LSBTIQ+ Community zu unterstützen.</p> <p>Die vakante LSBTIQ+ Stelle wird Anfang Juni wiederbesetzt. Aktuell wurden und werden Gespräche mit lokalen Akteur*innen geführt, um Kooperationen im Rahmen der Warschau Week im Oktober 2024 zu planen und realisieren zu können.</p> <p>Die LSBTIQ+-Stelle ist seit 01.06.2024 wiederbesetzt. Im Rahmen der Warschau Week 2024 wurde in Kooperation mit dem Büro für Internationale und Europäische Angelegenheiten am 28.10.2024 ein Come Together mit queeren Gästinnen und Gästen aus Warschau veranstaltet. Darüber hinaus war auch eine Delegation aus Warschau zum Düsseldorfer CSD 2024 eingeladen. Die Vernetzung und der Austausch der LSBTIQ+ Communities in beiden Städten haben sich intensiviert und sind mittlerweile verstetigt. Der Beschluss ist somit erledigt.</p>
32 01/17	Städtepartnerschaft mit Chemnitz stärken (Antrag der Ratsfraktionen von CDU, SPD, BÜ90/GRÜ und FDP, Vorlage 01/ 232/2018)	<p>20.09.2018 29 g)</p> <p>09/2018</p> <p>03/2019</p>	<p>Ratsbeschluss</p> <p>Die Stadt Chemnitz wurde über die Beschlussfassung des Rates informiert, freut und bedankt sich herzlich.</p> <p>Auf Arbeitsebene haben zahlreiche Gespräche mit Düsseldorfer Vereinen, Institutionen, Schulen und Kultureinrichtungen</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		<p data-bbox="1077 671 1187 699">11/2019</p> <p data-bbox="1077 978 1187 1005">05/2020</p>	<p data-bbox="1294 301 2141 635">stattgefunden, in denen die Verwaltung über den Ratsbeschluss und die damit verbundene Möglichkeit der Bezuschussung von städtepartnerschaftlichen Projekten mit Chemnitz informiert hat. Daraus resultierten bereits zwei konkrete Vorhaben: Das Görres-Gymnasium lädt zum Schultheaterfestival „Maskerade“ eine Schülertheatergruppe aus Chemnitz ein; SCHLAU Düsseldorf – schwul-lesbische Jugendarbeit Düsseldorf e.V. ist im Austausch mit dem Verein different people e.V. aus Chemnitz. Beide Projekte wurden aus dem Sonderbudget zur Förderung des zivilgesellschaftlichen Austausches mit Chemnitz bezuschusst.</p> <p data-bbox="1294 675 2141 938">Die o.g. Projekte (Schülergruppe aus Chemnitz zur „Maskerade“, Austausch zwischen Düsseldorf und Chemnitz im Bereich LSBTQI*-Arbeit) wurden gefördert und fanden statt. Zusätzlich wurde die Teilnahme von different people e.V. aus Chemnitz am Diverse Kongress finanziell unterstützt. Darüber hinaus fand zum 30. Jahrestag des Mauerfalls eine Bürgerbegegnung zwischen jeweils 30 Düsseldorfer und Chemnitzer Bürgerinnen und Bürgern in Chemnitz statt. Ein Gegenbesuch in Düsseldorf ist in Planung.</p> <p data-bbox="1294 978 2141 1313">Der für den 20.-22. März 2020 geplante Gegenbesuch der Chemnitzer Delegation im Rahmen des Bürgeraustauschprogramms wurde aufgrund der Corona-Krise verschoben. Dieser soll nun voraussichtlich im 4. Quartal 2020 stattfinden. Ein Wochenende um den symbolträchtigen 3. Oktober ist avisiert. Das Programm ist in Vorbereitung und beinhaltet neben einem vielseitigen Besuchsprogramm auch eine Diskussionsveranstaltung in Kooperation mit der Heinrich-Heine-Universität (Bürgeruniversität) zur die Bedeutung der Wiedervereinigung.</p> <p data-bbox="1294 1353 1977 1380">Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie sendete</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		11/2020	Oberbürgermeister Geisel an alle Amtskolleg*innen der Partnerstädte, u.a. Chemnitz, ein Solidaritätsschreiben. Eine Videokonferenz mit Oberbürgermeistern der Partnerstädte zu Strategien bei der Bewältigung der Corona-Krise fand am 12.05.2020 statt. Für Chemnitz nahm Bürgermeister und Stadtkämmerer Sven Schulze daran teil.
		06/2021	Vom 1. – 3. Oktober 2020 fand anlässlich 30 Jahre Wiedervereinigung der zweite Teil des Bürgeraustauschprojekts statt: 30 Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger besuchten Düsseldorf und trafen auf 30 Düsseldorferinnen und Düsseldorf. Gemeinsam erlebten sie ein Wochenende, das zur Intensivierung der Kontakte und zum Austausch diente. Das Highlight des Programms war das Podiumsgespräch am 3. Oktober 2020, bei dem verschiedene Akteure der Düsseldorfer Zivilgesellschaft ihre Projekte im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen Düsseldorf und Chemnitz präsentierten und in den Dialog untereinander und mit dem Publikum traten.
		12/2021	Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller bespricht bei einem virtuellen Kennenlernen-Treffen mit dem im Dezember 2020 neu gewählten Oberbürgermeister von Chemnitz, Sven Schulze, die Weiterentwicklung der Städtepartnerschaft. Anlässlich des 76. Chemnitzer Friedenstages am 5. März sowie anlässlich des 76. Düsseldorfer Friedenstages am 17. April übersenden die Oberbürgermeister Videobotschaften an die jeweilige Partnerstadt. Aufgrund der pandemischen Lage finden zurzeit keine bürgerschaftlichen Austausche statt. Die Verwaltungen sind weiterhin im Kontakt in Bezug auf Verwaltungsaustausche zwischen den beiden Kommunen. Die Stadt Chemnitz hat im

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		06/2022	<p>Zuge einer Aufwertung des öffentlichen Raums städtepartnerschaftlichen Stelen konzipiert. Diese sollen die Partnerstädte, und damit auch die LH Düsseldorf, für die Bürger*innen von Chemnitz sichtbar machen.</p> <p>Die städtepartnerschaftlichen Stelen wurden am 24. April in Chemnitz zum „Tag der Städtepartnerschaften“ eingeweiht. Der erste Verwaltungsaustausch von 3 Auszubildenden aus Chemnitz und 3 Auszubildenden aus Düsseldorf ist für die Herbstferien 2022 terminiert.</p>
		12/2022	<p>Der erste Verwaltungsaustausch von jeweils drei Auszubildenden aus Chemnitz und Düsseldorf hat erfolgreich in den Herbstferien 2022 stattgefunden. Das Fazit aller Beteiligten war sehr positiv und eine Wiederholung ist für 2023 geplant.</p>
		08/2023	<p>Im Januar 2023 reiste Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller zum Deutschen Städtetag nach Chemnitz und traf sich mit Oberbürgermeister Sven Schulze. Anlässlich des diesjährigen Jubiläums zu 35 Jahren Städtepartnerschaft wurde auf die Partnerschaft zurückgeblickt und Möglichkeiten neuer gemeinsamer Projekte – auch im Hinblick auf die Kulturhauptstadt 2025 – besprochen. Basierend darauf fand im Juni 2023 in Chemnitz ein Austausch der Kulturverwaltungen statt.</p> <p>Das Büro für Internationale und Europäische Angelegenheiten bezuschusste in diesem Jahr ein Projekt des Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium Düsseldorf zum Thema Demokratie und Rechtsextremismus (23.01.2023 bis 31.12.2023). In einer Schul-AG erarbeiten die Schülerinnen und Schüler – anhand von Erfahrungen in Düsseldorf und Chemnitz – Grundlagen, um rechtsextreme und rechtspopulistische Richtungen zu erkennen</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		<p data-bbox="1077 943 1182 970">04/2024</p> <p data-bbox="1077 1350 1182 1377">11/2024</p>	<p data-bbox="1294 301 2136 501">und gegenüber den Strategien der Instrumentalisierung immunisiert zu werden. Ebenso bezuschusste das Büro die Reise der Theatergruppe des Düsseldorfer Görres-Gymnasiums zur Schultheaterwoche nach Chemnitz. Es ist bereits die dritte Teilnahme der Theatergruppe, die den künstlerischen Austausch der Kinder und Jugendlichen auch weiter fortsetzen will.</p> <p data-bbox="1294 539 2136 906">Das städtepartnerschaftliche Jubiläum, 35 Jahre Städtepartnerschaft mit Chemnitz, Reading und Haifa, stellte den thematischen Schwerpunkt des Großen Preises der Landeshauptstadt auf der Galopprennbahn am 1. Oktober 2023 dar: es gab unter anderem Stände mit Informationen und Aktivitäten zu den drei Partnerstädten. Zeitgleich wirkten Künstlerinnen und Künstler aus den drei Partnerstädten und Düsseldorf am durch das Kulturamt und 01/17 geplanten Kunstprojekt „MOMENTS“ zusammen. Die erstellten Werke waren für einige Wochen im Hofgarten zu besichtigen. Aus Chemnitz nahm Stefan Schleupner an dem Projekt teil.</p> <p data-bbox="1294 944 2114 1074">Im Ratinger Hof wurde ein Dub Konzert mit DJs aus Chemnitz und Düsseldorf veranstaltet und ein in Chemnitz speziell entwickeltes Soundsystem vorgestellt. 01/17 bezuschusste das Projekt.</p> <p data-bbox="1294 1080 2136 1279">Der zweite Auszubildendenaustausch zwischen den Stadtverwaltungen Chemnitz und Düsseldorf fand in den Herbstferien 2023 statt. Es wurden dieses Mal vier Auszubildende (zwei aus der Verwaltung, zwei aus der Tierpflege) ausgewählt, um in den Herbstferien in Tandemteams ein einwöchiges Praktikum in Chemnitz und Düsseldorf zu absolvieren.</p> <p data-bbox="1294 1350 2136 1377">Auch im zweiten Halbjahr 2024 fanden zahlreiche Aktivitäten mit</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
			<p>Chemnitz statt. Aus dem Fördertopf wurden zwei Projekte unterstützt: Die Initiative DRUCKSTOCK sowie die Volksbühne Düsseldorf. Die Volksbühne Düsseldorf übernahm zudem die Patenschaft für die einzige Volksbühne im ehemaligen Ostdeutschland, die Volksbühne Chemnitz. Der Zuschuss wurde für den Besuch der Volksbühne Chemnitz im Mai 2024 erteilt. Ein Gegenbesuch ist für 2025 geplant.</p> <p>Des Weiteren wurde der jährliche Azubi-Austausch zwischen den Stadtverwaltungen Düsseldorf und Chemnitz fortgeführt. Das Projekt ermöglicht es 2-4 jungen Menschen aus den Stadtverwaltungen Düsseldorf und Chemnitz für je eine Woche in der Partnerstadt zu arbeiten. Dabei steht der persönliche Austausch und der Vergleich der Arbeits- und Lebensverhältnisse zwischen Ost und West im Vordergrund. Der Austausch fand in den Herbstferien 2024 statt.</p> <p>Die Stadtverwaltung Düsseldorf arbeitet aktuell an ihrem Beitrag zum Programm der Kulturhauptstadt Chemnitz 2025. Kulturelle, sportliche und bürgerschaftliche Projekte stehen dabei im Fokus. Da sich die Wiedervereinigung Deutschlands im nächsten Jahr zum 35. Mal jährt, wird dies zum Anlass genommen, ein besonderes Augenmerk auf bürgerschaftliches Engagement zu legen.</p> <p>In der Zusammenarbeit mit Chemnitz hat die Verwaltung das Thema Demokratie dauerhaft in ihrem Aufgabengebiet verankert. Die Städtepartnerschaft wird durch zahlreiche Projekte und Austausche fortführend gestärkt. Über die Projekte und die Arbeit wird in regelmäßigen Abständen im zuständigen Fachausschuss berichtet. Die Verwaltung sieht den Ratsauftrag somit als erfüllt an.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
33 Amt für Kommunikation	Antrag der Ratsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Energiemangellage – Einrichtung eines Informationsportals mit Lotsenfunktion für Bürgerinnen und Bürger (RAT/355/2022)	17.11.2022 47.12	Ratsbeschluss
		01/2023	<p>Die Verwaltung hat unter www.duesseldorf.de/energie ein Portal mit relevanten Informationen zu einer möglichen Energie- und Gasmangellage eingerichtet. Neben alltagstauglichen Energiespartipps und aktuellen Verordnungen und Maßnahmen der Stadtverwaltung liegt ein weiterer Fokus auf Informationen zu sozialen und finanziellen Hilfsangeboten für Bürgerinnen und Bürger. Die Möglichkeiten wirtschaftlicher und sozialer Hilfen durch städtische Beratungsangebote und Sozialleistungsträger (unter anderem das Amt für Soziales, das Amt für Wohnungswesen und das Jobcenter) werden übersichtlich gebündelt und mit zielgruppenspezifischen Angeboten verlinkt. Zudem wird auf weitere Angebote wie Schuldnerberatung, Verbraucherzentrale, Liga der Wohlfahrt und Stadtwerke verwiesen.</p> <p>Das Portal wird entsprechend der dynamischen Lage fortwährend weiterentwickelt und durch weitere Angebote ergänzt. Zur Frage zur Mehrsprachigkeit des Angebots wird auf die Beantwortung zur lfd. Nr. 11 verwiesen.</p>
		09/2023	Die Abrufe sind in den Sommermonaten erwartungsgemäß sehr gering. Basisinformationen werden trotzdem weiter vorgehalten, sodass in den Wintermonaten das Angebot unter gelernter Adresse jederzeit bedarfsgerecht hochskaliert werden kann.
		04/2024	Kein neuer Sachstand.
		11/2024	Das Angebot hat sich etabliert und wird auch künftig bedarfsgerecht angepasst und aktualisiert. Status: Erledigt.

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
34	Machbarkeitsstudie für ein regionales Wasserbussystem auf dem Rhein, (Antrag der Ratsfraktionen CDU, SPD, Bündnis 9/Die Grünen, FDP: Vorlage 01/ 163/ 2019)	23.05.2019 23 k)	Ratsbeschluss
05		11/2019	Zu den Städten entlang des Rheins von Duisburg bis Leverkusen (Duisburg, Krefeld, Meerbusch, Neuss, Dormagen, Langenfeld, Monheim, Leverkusen) ist Kontakt aufgenommen worden., um die Bereitschaft zur Mitwirkung und Mitfinanzierung eines solchen Projekts zu erkunden. Interesse äußerten bisher nur die Städte Neuss und Monheim. Es soll ein Projektkonsortium gegründet werden. welches den Umfang einer Machbarkeitsstudie gemeinsam abstimmt, beauftragt, finanziert und zur Förderung anmeldet. Angestrebt wird die Beauftragung einer Studie im Frühjahr/Sommer 2020.
		06/2020	Die Gründung eines Projektkonsortiums ist weiterhin in Vorbereitung. Zurzeit wird eine Leistungsbeschreibung mit den zu beteiligenden Kommunen abgestimmt, um eine Ausschreibung starten zu können. Fördermöglichkeiten konnten bei der Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat Bergbau und Energie, im Förderprogramm progres.nrw ermittelt werden.
		11/2020	Zwischen der Landeshauptstadt Düsseldorf und den beteiligten Kommunen wurde im Frühjahr und Sommer die Leistungsbeschreibung zur Machbarkeitsstudie abgestimmt. Die Leistungsbeschreibung zur Machbarkeitsstudie wurde in Form einer beschränkten Vergabe veröffentlicht. Das Vergabeverfahren läuft. Der Zeitplan sieht den Projektstart für Mitte Januar 2021 vor sowie die Fertigstellung der Studie zum Jahresende 2021. Fördermöglichkeiten wurden geprüft, konnten jedoch nicht erschlossen werden. Um die Zusammenarbeit und den Aufwand

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		05/2021	<p>darüber hinaus schlank zu halten, übernimmt die Landeshauptstadt Düsseldorf als Initiator die Kosten der Machbarkeitsstudie. Sofern sich andere Kommunen an den Kosten beteiligen, wird dies begrüßt, jedoch nicht zur Bedingung der Zusammenarbeit gemacht.</p> <p>Die Landeshauptstadt Düsseldorf steht in regelmäßigem Austausch mit den beteiligten Kommunen und wird diese im kommenden Jahr aktiv in den Prozess in Form von Arbeitsgruppen einbinden.</p> <p>Der Auftrag wurde im Dezember 2020 vergeben, der Projektstart erfolgte im Januar 2021. Die Fertigstellung der Machbarkeitsstudie ist für Ende 2021 vorgesehen. Die Bearbeitung erfolgt in enger Abstimmung mit den beteiligten Nachbarkommunen.</p>
		06/2022	<p>Die Arbeiten an der Machbarkeitsstudie sind weitestgehend abgeschlossen. Der Entwurf des Endberichts liegt vor und wird von den teilnehmenden Kommunen bis Mitte Juni gesichtet. Eine Einbringung in den OVA ist für das 2. Halbjahr 2022 vorgesehen. Aufgrund von verschiedenen Faktoren (u.a. pandemiebedingte Ausfälle, Arbeiten am Verkehrsmodell) konnte der ursprünglich Zeitplan nicht eingehalten werden.</p>
		01/2023	<p>Der konzeptionelle Teil der Machbarkeitsstudie ist fertiggestellt. Derzeit werden die Handlungsvorschläge abschließend abgestimmt. Eine Vorstellung im OVA ist im 1. Halbjahr 2023 vorgesehen.</p> <p>Die Beschlussvorlage zur Machbarkeitsstudie wird - nach vorheriger Anhörung der rheinanliegenden Bezirksvertretungen und Vorberatung im Ordnungs- und Verkehrsausschuss - für die</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		<p>11/2023</p> <p>10/2024</p>	<p>Ratssitzung am 9. November 2023 angemeldet.</p> <p>Einstimmiger Beschluss des Rates: „Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf nimmt die Ergebnisse der Machbarkeitsuntersuchung eines regionalen Wasserbussystems auf dem Rhein zur Kenntnis und beschließt vorerst keine vertiefenden Planungen für dieses Vorhaben in Auftrag zu geben. Die Verwaltung wird beauftragt, die weitere Entwicklung von Wasserbussystemen auf anderen Abschnitten des Rhein zu beobachten und dazu im engen Austausch mit den zuständigen Institutionen zu bleiben.“</p> <p>Das Projekt wurde 2023 abgeschlossen und kann aus der Beschlusskontrolle gestrichen werden.</p>
35 05	<p>Änderungsantrag der Ratsfraktion von BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN zu RAT/022/2024 (Einrichtung einer temporär gesicherten Radweganlage während der UEFA EURO 2024) RAT/066/2024</p>	<p>22.02.2024 (39.3.1)</p> <p>05/2024</p>	<p>Ratsbeschluss</p> <p>Die verkehrliche Situation für den Radverkehr im Bereich der Rotterdamer Straße ist der Verwaltung bekannt. Insbesondere bei Fortuna-Spielen sind die vorhandenen Radwege nicht ausreichend dimensioniert. Aber auch außerhalb von Fortuna-Spielen kommt es auf dem Abschnitt zwischen Fußgängern und Radfahrenden zu Nutzungskonflikten.</p> <p>Im Rahmen der Umsetzung der Radleitroute 1 ist geplant, entlang der Rotterdamer Straße im Abschnitt zwischen der Theodor-Heuss-Brücke und der Schnellenburg den Radweg zu einem komfortablen Zweirichtungs-radweg auszubauen. Die Umsetzung dieser Maßnahme ist für das Jahr 2025 geplant.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		10/2024	<p>Für den Abschnitt zwischen der Schnellenburg und der Arena existieren bereits erste Planungsideen. Diese müssen jedoch noch im Hinblick auf weitere Verkehrsprojekte, wie beispielsweise die neue Rheinquerung der U81, abgestimmt werden. Zusätzlich müssen sie in ein umfassendes Verkehrskonzept für die Arena und die Messe integriert werden. Eine konkrete Zeitplanung für diese Maßnahme kann derzeit noch nicht genannt werden.</p> <p>Als kurzfristige Maßnahme wird zur verbesserten Anreise von Radfahrenden zur Arena an Veranstaltungstagen auf der Rottdamer Straße die Anordnung einer Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h geprüft.</p> <p>Der Antrag bezog sich auf den Radverkehr während der UEFA EURO 2024, die mittlerweile vorbei ist. Das Projekt kann aus der Beschlusskontrolle gestrichen werden.</p>
36 03	Konzept und Projektgruppe für die Umbenennung von Düsseldorfer Straßen (Antrag der Ratsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD/Volt und FDP, Vorlage RAT/461/2021)	16.09.2021 45.4 11/2021 06/2022	<p>Ratsbeschluss</p> <p>Ein erstes verwaltungsinternes Gespräch zwischen Vertreter*innen des Amt 62, dem Stadtarchiv und der Mahn- und Gedenkstätte hat stattgefunden, um sich über die Organisationsstruktur und die Vorgehensweise zur Umsetzung des Ratsbeschlusses auszutauschen. Die verwaltungsinternen Abstimmungen mit den beteiligten Ämtern befinden sich in Planung.</p> <p>Die Organisationsstruktur zur Umbenennung von Düsseldorfer Straßennamen ist inzwischen verwaltungsintern abgestimmt. Es</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		01/2023	<p>wird eine Projektgruppe eingesetzt, die aus Vertreter*innen der Ratsfraktionen sowie der Bezirksvertretungen und der Verwaltung besteht. Die konstituierende Sitzung der oben genannten Projektgruppe ist nach der Sommerpause geplant; im Rahmen dieser konstituierenden Sitzung wird auch das Konzept im Entwurf vorgestellt.</p>
		08/2023	<p>Die konstituierende Sitzung der Projektgruppe ("Beteiligungsrunde") hat am 15.09.2022 stattgefunden. Als nächster Schritt findet am 01.02.2023 ein digitaler Austausch in Form einer Online-Veranstaltung statt, zu dem alle Interessierten und Betroffenen eingeladen sind. Der Zivilgesellschaft wird so die Möglichkeit geboten, ihre Fragen und Anregungen im Zusammenhang mit der Straßenumbenennung gezielt an die Stadtverwaltung zu richten.</p>
		04/2024	<p>Der digitale Austausch hat, wie geplant, am 01.02.2023 als Online-Veranstaltung stattgefunden. Die anschließenden Präsenzveranstaltungen in den betroffenen Stadtbezirken konnten unter Beteiligung der Zivilgesellschaft ebenfalls in der ersten Jahreshälfte erfolgreich durchgeführt werden. Hier konnten gezielt Anliegen zur Situation in den Stadtbezirken geklärt und über mögliche neue Namensgebungen der betroffenen Straßen diskutiert werden. Derzeit werden gemäß Beschluss der Projektgruppe ("Beteiligungsrunde") und der Verwaltungskonferenz die Vorlagen mit den jeweiligen Namensvorschlägen für die betroffenen Bezirksvertretungen zur Anhörung vorbereitet und voraussichtlich in der Ratssitzung am 09.11.2023 abschließend behandelt.</p> <p>Der Rat hat die Umbenennung von zehn als historisch besonders belastet eingestuften Straßennamen am 22.02.2024 beschlossen.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		11/2024	<p>Die Bekanntmachung dieser Straßenumbenennungen im Düsseldorfer Amtsblatt wird voraussichtlich Mitte Mai erfolgen. Direkt im Anschluss daran soll auch die Aufstellung der neuen Straßenschilder erfolgen, so dass im Gleichklang zu den formalen Umbenennungen dann auch direkt die Veränderungen vor Ort ersichtlich werden. Eine weitere Straßenumbenennung ist aktuell im Gremienlauf.</p> <p>Der Rat hat die Umbenennung von zehn als historisch besonders belastet eingestuften Straßennamen am 22.02.2024 beschlossen; der Beschluss zur Umbenennung der Heinz-Ingenstau-Straße erfolgte in einem zweiten Schritt am 27.06.2024. Die Bekanntmachung dieser Straßenumbenennungen im Düsseldorfer Amtsblatt erfolgte im Mai 2024 bzw. im Juli 2024 zur Umbenennung der Heinz-Ingenstau-Straße. Nach Ablauf der Rechtsmittelfristen ohne Eingang von Klagen sind nunmehr alle Registerbereinigungen veranlasst, die Betroffenen informiert und die neuen Straßenschilder (inkl. QR-Codes mit Verweis auf den Umbenennungsprozess) sind aufgestellt, so dass im Gleichklang zu den formalen Umbenennungen auch direkt die Veränderungen vor Ort ersichtlich wurden. Der Beschluss ist erledigt</p>
37 03	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Unterstützung der Initiative „Demokratische Schule e.V.“ (RAT/036/2022)	04.02.2022 22.6 06/2022	<p>Ratsbeschluss</p> <p>Der Status der Initiative "Demokratische Schule" e.V. ist noch ungeklärt. Hierzu laufen verwaltungsintern noch Abstimmungen. Ungeachtet dessen hat die Verwaltung bei der Planung von Neubaugebieten die Standortsuche der Initiative - neben anderen Nutzungsansprüchen - auf dem Schirm. Sobald sich die Standortsuche konkretisiert, werden die Gremien entsprechend</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		<p>01/2023</p> <p>08/2023</p> <p>04/2024</p> <p>11/2024</p>	<p>informiert.</p> <p>Kein neuer Sachstand.</p> <p>Aktuell läuft ein öffentliches Ausschreibungsverfahren zur Vergabe des Hauses Kolvenbach im Erbbaurecht. Die Ausschreibungsfrist endet im November 2023. Die Demokratische Schule e.V. kann sich an dem seit Mai veröffentlichten Verfahren beteiligen, hat dies aber bisher noch nicht getan.</p> <p>Die Demokratische Schule e.V. hat sich nicht an dem Ausschreibungsverfahren für die Vergabe des Haus Kolvenbach im Erbbaurecht beteiligt. Gegenwärtig ist die Verwaltung mit der Auswertung der eingegangenen Angebote befasst. Nach hiesigem Kenntnisstand hat der Verein vor dem OVG Münster gegen das erstinstanzliche Urteil des VG Düsseldorf Rechtsmittel eingelegt, um doch noch als Ersatzschule anerkannt zu werden. Das gerichtliche Verfahren hat jedoch auf das laufende Ausschreibungsverfahren keinen Einfluss.</p> <p>Die Demokratische Schule e.V. hat sich weder in dem Ausschreibungsverfahren noch sonst bei der Stadtverwaltung gemeldet. Der Beschluss wird daher als erledigt betrachtet.</p>
<p>38</p> <p>Amt für Kommunikation 01/16</p>	<p>Antrag der SPD-Ratsfraktion: Kampagne zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Jahr 2023 (RAT/408/2022)</p>	<p>17.11.2022 47.15</p> <p>18.11.2022</p>	<p>Ratsbeschluss</p> <p>Die Kampagne wird durch Amt 13 organisiert, in Zusammenarbeit mit dem Referat für BE. Erste Überlegungen: Im Mittelpunkt sollen Akteure aus den Tätigkeitsfeldern des BE stehen; die Bereiche werden thematisch geclustert; Social-Media-Kanäle werden bevorzugt bespielt, um</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
			<p>die junge Zielgruppe zu erreichen. Die geplante Ehrenamtsmesse wird in die Kampagne eingebunden.</p> <p>01/2023 Ehrenamtsmesse: Versand „save the date“ an Organisationen Auswertung Angebote, Versand Anmeldungen</p> <p>03.06.2023 Durchführung der 4. Düsseldorfer Ehrenamtsmesse auf dem Corneliusplatz mit 90 Organisationen aus allen Engagementfeldern</p> <p>03/23 – 07/23 Erstellung der Kampagnenformate: Plakate, Podcasts, Kurzfilme, in Kooperation mit Amt 13 und 01/16</p> <p>09/2023 Terminierung für den Kampagnenstart im Herbst 2023</p> <p>Die Motive für die Kampagne zu Bürgerschaftlichem Engagement erhalten zurzeit den letzten Schliff. Videos und Podcasts sind fertig produziert und warten auf den Launch der dazugehörigen Webseite.</p> <p>12/2023 Start der Kampagne anlässlich des Internationalen Ehrenamts-tages</p> <p>01 – 04/2024 Fortlaufende Kampagne mit Kurzfilmen, Podcasts, Plakatmotiven, in 2-3wöchigen Abständen mit jeweils neuen Protagonisten aus dem Bereich des BE. Vorgesehen ist ein zweiter Roll-Out der Kampagne über digitale Medien und Werbeflächen im Sommer/Spätsommer 2024 nach der EURO. Vor der Europawahl gibt es zudem noch einen neuen Podcast zum Thema ehrenamtliche Wahlhelfende. Geplant bis 06/2025</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		11/2024	Status: Erledigt
39 Amt für Gleichstellung	Kommunales Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus (Antrag der Ratsfraktion: Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Vorlage RAT/052/2020)	06.02.2020 22.6 06/2020 11/2020 06/2021 12/2021	Ratsbeschluss Eine erste Analyse des beteiligungsorientierten Konzeptes der Stadt Oberhausen wurde durchgeführt. Es wurde geprüft, inwieweit der dort aufgesetzte Prozess auf die Stadt Düsseldorf übertragbar ist. Es wurden auch bereits Gespräche mit den beteiligten Fachbereichen geführt. Eine Zusammenkunft mit den beteiligten Fachbereichen hat bisher aufgrund der aktuellen Situation noch nicht stattgefunden, wird aber derzeit vorbereitet, um die weitere Vorgehensweise zu besprechen und festzulegen, an welcher Stelle sich eine Koordinierung für dieses Vorhaben sinnvoll anbietet. Die Ergebnisse der Prüfung werden dem Rat in der Sitzung am 10.12.2020 vorgestellt. Mit der Einrichtung einer „Antidiskriminierungsstelle“ im Amt für Gleichstellung wird die Arbeit gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung auf der Basis der in der dem Rat am 10.12.2020 vorgestellten Übersicht konzipiert und strukturell in der Stadtverwaltung verankert. Die Erstellung eines Kommunalen Handlungskonzeptes wird eine der ersten Aufgaben sein. Die Stabsstelle „Antidiskriminierung“ befindet sich im Besetzungsverfahren. Die Erstellung eines Kommunalen Handlungskonzeptes wird nach erfolgreicher Stellenbesetzung eine der ersten Aufgaben sein.

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		06/2022	Die Stabsstelle nimmt am 01.07.2022 ihre Arbeit auf.
		01/2023	Die Erstellung des Kommunalen Handlungskonzeptes wurde begonnen. Am 20.01.2023 findet im Rathaus die öffentliche Auftaktveranstaltung zur partizipativen Erarbeitung des Konzeptes statt.
		09/2023	Die Stabsstelle Antidiskriminierung ist nach einem internen Personalwechsel seit Juni 2023 wiederbesetzt. Die Entwicklung des Handlungskonzeptes konnte somit fortgesetzt werden. In diesem Zuge wurde das Institut für soziale Innovation (ISI) beauftragt, den Prozess zu unterstützen und zu begleiten. Für den Zeitraum August/September sind Beteiligungsformate mit Expert*innen, Akteur*innen und Bürger*innen geplant, um eine breite und vielfältige Zusammenarbeit sicherzustellen und die Bedarfe der Zielgruppe angemessen zu berücksichtigen.
		04/2024	Von August bis Dezember 2023 fanden verschiedene Beteiligungsworkshops zur Erarbeitung möglicher Handlungsempfehlungen statt. In der gemeinsamen Sitzung des Gleichstellungsausschusses und des Integrationsrates am 30. April werden der Entwicklungsprozess sowie verschiedene Ergebnisse der Beteiligungsformate präsentiert.
		11/2024	In der gemeinsamen Sitzung am 30.04.2024 wurden der Entwicklungsprozess sowie Ergebnisse der Beteiligungsformate vorgestellt. Der partizipativ erarbeitete Maßnahmenkatalog wurde der Fachverwaltung anschließend zur Prüfung vorgelegt und die Rückmeldungen in den Entwurf eingearbeitet. Der Entwurf des Kommunalen Handlungskonzeptes wurde dem Ausschuss für Gleichstellung und dem Integrationsrat in der gemeinsamen Sitzung am 11.09.2024 zur Beschlussfassung vorgelegt. Der

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
			<p>Tagesordnungspunkt wurde von beiden Gremien vertagt, da noch weiterer Beratungsbedarf angemeldet wurde.</p> <p>Das „Kommunale Handlungskonzept gegen Rassismus und Antisemitismus“ wurde in der Ratssitzung vom 26.02.2025 final beschlossen.</p> <p>04/2025 Damit ist dieser Antrag erledigt.</p>
40 09	Chance für ein „Haus der Kulturen“ jetzt nutzen (Antrag der Ratsfraktionen von SPD, BÜ90/GRÜ, FDP, Vorlage RAT/069/2019)	<p>28.11.2019 50.1</p> <p>06/2020</p> <p>11/2020</p> <p>04/2021</p> <p>11/2021</p>	<p>Ratsbeschluss</p> <p>Nachdem der Antrag auf Förderung von Umbaumaßnahmen durch die Bezirksregierung abgelehnt wurde, ist der Trägerverein des Hauses der Kulturen nun damit einverstanden, die Nutzung im Rahmen des vorhandenen Gebäudezustands aufzunehmen. Das Nutzungskonzept wird mit den Beteiligten unter Einbeziehung der Bezirksvertretung 6 weiter konkretisiert.</p> <p>Ein erster Entwurf für das Nutzungskonzept ist erstellt, der nun als Basis für weitere Abstimmungsgespräche dient, bevor das Nutzungskonzept der Politik vorgestellt wird.</p> <p>Die Verwaltung befindet sich in Gesprächen mit dem Trägerverein Haus der Kulturen e.V. hinsichtlich der inhaltlich-programmatischen Ausrichtung des zukünftigen Hauses der Kulturen und der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Verein. Es ist geplant, den Rat im Herbst über die Planungen umfassend zu informieren.</p> <p>Die Verwaltung hat sich mit dem Haus der Kulturen e.V. den Rahmen für ein gemeinsames Nutzungskonzept mit einem kulturellen Fokus erstellt. Favorisierter Standort ist das Gebäude des Jungen Schauspielhauses Münsterstr. 446, das auch nach</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		04/2022	<p>Umzug des Jungen Schauspielhauses weiterhin kulturell genutzt werden soll. Hierfür sollten Fördermittel aus der Städtebauförderung des Landes akquiriert werden. Die Konkretisierung des Konzepts sollte im nächsten Schritt mit allen potentiellen Partnern vertiefend diskutiert werden. Dieser Vorschlag wurde der BV vorgestellt und abgelehnt. Die Verwaltung sucht weiterhin nach möglichen und geeigneten Standorten.</p>
		12/2022	<p>Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 07.04.2022 beschlossen, dass das Haus der Kulturen in dem Gebäude Yorckstraße 19 – 21, dem zukünftigen Standort der VHS, angesiedelt werden soll.</p>
		08/2023	<p>Ein BIC-Antrag zur Anmietung zusätzlicher Flächen in der Yorckstraße 19-21 wurde im Oktober gestellt, die Kämmerei hatte noch Präzisierungswünsche. Derzeit wird das daraufhin überarbeitete Konzept für das Haus der Kultur mit dem Trägerverein abgestimmt. Ein Anmietungsbeschluss im Sitzungszyklus ab Januar ist angestrebt.</p>
		04/2024	<p>Mit Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss für die Zusammenführung der Volkshochschule in der Yorckstr. 19-21 SCHUA001/2023, wurde der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 15.06.2023 unterrichtet. Für das Haus der Kulturen konnten rund 800 qm Flächen im 3. und 4. Obergeschoss des Gebäudeteils D der Yorckstrasse ermittelt werden; eine Unterbringung in den für die Volkshochschule geplanten Flächen ist aufgrund der jeweils ermittelten Raumbedarfe nicht möglich. Für die Flächen im Gebäudeteil D wurde unter Beteiligung des Vorstands des Vereins Haus der Kulturen eine Raumplanung erstellt. Ein Bedarfs- und ein Anmietungsbeschluss sind in der</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		<p>10/2024</p> <p>03/2025</p> <p>09/2025</p>	<p>verwaltungsinternen Abstimmung und werden den Gremien zeitnah zur Beschlussfassung vorgelegt.</p> <p>Der Rat hat am 14.12.2023 (INTR/042/2023/1) die Anmietung von Flächen in der Yorckstraße für das Haus der Kulturen beschlossen.</p> <p>Die Überarbeitung des Konzeptes wird – gemeinsam mit den Mitgliedsinitiativen des Vereins „Haus der Kulturen e.V.“ - in der zweiten Jahreshälfte 2024 zur Beschlussfassung vorgelegt.</p> <p>Die Vorlage zu Sach- und Personalkosten inkl. Konzept und Kooperationsvereinbarung befindet sich in der verwaltungsinternen Abstimmung.</p> <p>Beschlussvorlage zu den Betriebskosten wurde finalisiert und in die Gremienläufe eingebracht. Der Ratsbeschluss in der Sitzung vom 10.4.2025 wird angestrebt.</p> <p>Der Ratsbeschluss ist entsprechend erfolgt und umgesetzt.</p>
41 09	Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE: Rückbau des Zauns auf dem Worringer Platz (Änderungsantrag der Ratsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Vorlage RAT/514/2021, Vorlage RAT/609/2021)	<p>18.11.2021</p> <p>48.1.2</p> <p>11/2021</p>	<p>Ratsbeschluss</p> <p>Aktuell laufen die verwaltungsinternen Abstimmungen, wie der Ratsbeschluss umgesetzt werden kann. Zur Verbesserung der Lage auf dem Worringer Platz soll eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet werden. Diese soll in Verbindung mit den durch die Bezirksvertretung 1 eingerichteten Workshops und dem Runden Tisch die beschlossenen Maßnahmen angehen.</p> <p>Seit Herbst 2021 haben sich ein Runder Tisch und verschiedene</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		08/2023	Situation.
		09/2023	<p>Die Ausweitung der Öffnungszeiten der ansässigen Träger erfolgt zunächst für die Jahre 2023 und 2024.</p> <p>Wiederholte Gespräche mit dem Betreiber haben erfolglos stattgefunden. Aufgrund der sehr vielschichtigen und eher gesellschaftlichen Themen konnten bislang keine baulichen oder gestalterischen Lösungen gefunden werden.</p>
		04/2024	<p>Das Projekt wird derzeit in der Verwaltung als dezernatsübergreifendes Projekt zur Reduzierung von Störungen auf dem Worringer Platz bearbeitet. Gegenwärtig werden Impulse anderer Städte ausgewertet.</p>
		10/2024	<p>08/KPR: Durch die Innenstadtkonferenz konnten neue Erkenntnisse gewonnen werden. Laufende Maßnahmen am Worringer Platz werden weiter verfolgt und das Projekt soll in das Gesamtprojekt „Bahnhofsumfeld“ überführt werden.</p> <p>09: Seit Anfang März steht mit NUB eine Niederschwelliges Unterbringungs- und Beratungsstelle an der Moskauer Straße zur Verfügung, das speziell auf die Bedürfnisse von Menschen mit Suchtproblemen und dem Lebensmittelpunkt auf der Straße abgestimmt ist. Die Koordination des Projektes liegt bei der Diakonie Düsseldorf. Verwaltung und Akteure der Sucht- und Obdachlosenhilfe hatten das Angebot entwickelt, dessen Ziel eine Basis-Erstversorgung von suchtkranken Obdachlosen und deren Weitervermittlung in bestehende Hilfssysteme ist.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
			<p>09: Der Umzug der NUB (Niederschwellige Unterbringungs- und Beratungsstelle) von der Moskauerstr. zur Markenstr. ist erfolgreich umgesetzt worden. Die Erweiterung des Streetworks im Umfeld Worringer Platz wurde auf insgesamt 42 Stunden erhöht. Ein Quartiersmanagement wird bei der Diakonie etabliert.</p> <p>05: Das OLG Düsseldorf hat in einem Urteil (Az.: 12 O 70/22) festgestellt, dass die aktuelle Platzgestaltung mit Zaun keine Urheberrechte der Architektin verletzt. Die Verwaltung prüft derzeit das weitere Vorgehen.</p> <p>07/09 - Projektteam SiBu: Verbesserung der Sauberkeit und der Beleuchtungssituation durch weitere und leistungsstärkere Leuchten, sowie weitere Müll- und Spritzabwurfbehälter rund um den Worringer Platz und höhere Reinigungsintervalle der Awista auf dem Worringer Platz.</p> <p>Entfernung des Zauns, der Blumenkübel, sowie Beendigung des Nutzungsverhältnisses Worringer Platz 9 „Pizzeria grüne Insel“ und anschließendem Abriss des Pavillons.</p> <p>Einrichtung eines Quartiermanagements für das Bahnhofsumfeld mit 2 VZÄ, betrieben durch die Diakonie.</p> <p>Einzug KreativRaum D am Worringer Platz 20 als bestehendes dezernatsübergreifendes Förderprojekt im Rahmen des Bundesprogrammes Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren mit dem Fokus der Entstehung kreativer Räume durch künstlerische Interventionen, zahlreichen schon stattgefundenen Dialogformate mit Kultureinrichtungen, Kreativwirtschaft, der freien Szene sowie</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		03/2025	<p>engagierten Anwohnenden.</p> <p>Polizeiliche und ordnungsbehördliche Maßnahmen werden eingesetzt in Form von: möglichen Bereichsbetretungsverboten, individuellen Waffentrageverboten und beschleunigte Verfahren bei Verstößen nach dem Betäubungsmittelgesetz.</p> <p>Vorlage zum Abbau der Glasbaubänke auf dem Worringer Platz im Gremienlauf. Vorlage ist beschlossen; Abbau und Neuaufstellung des neuen Mobiliars erfolgt planmäßig am 25.03. bis vor den Osterferien.</p>
42 02	Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE: Nachhaltigkeitshaushalt im interaktiven Haushalt sichtbar machen (RAT/394/2023)	09.11.2023 (62.19) 04/2024 10/2024 03/2025	<p>Ratsbeschluss</p> <p>Die Verwaltung hat den aktuellen Nachhaltigkeitsbericht 2022 und die bereits im Hinblick auf Nachhaltigkeit überprüften Produkte gebündelt als Auszug des Haushaltsplans im interaktiven Haushalt über Links angebunden, sodass diese Dokumente aus dem interaktiven Haushalt heraus aufgerufen werden können.</p> <p>Zudem prüft die Verwaltung derzeit, wie der Nachhaltigkeitshaushalt der LHD direkt im interaktiven Haushalt abgebildet werden kann.</p> <p>Kein neuer Sachstand.</p> <p>Die Prüfung, wie der Nachhaltigkeitshaushalt der LHD direkt im interaktiven Haushalt abgebildet werden kann, ist abgeschlossen.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		10/2025	<p>Die Abbildung des Nachhaltigkeitshaushaltes im interaktiven Haushalt ist aufgrund technischer Gründe zurzeit nicht umsetzbar. Sollten sich in Zukunft andere Möglichkeiten einer interaktiven Abbildung des Nachhaltigkeitshaushaltes aufzeigen, werden diese geprüft. Die Links zum Nachhaltigkeitsbericht und zum Auszug des Haushaltsplans mit den auf Nachhaltigkeit überprüften Produkten bleiben weiterhin angebunden und werden fortlaufend aktualisiert. Zudem sind die bisher auf Nachhaltigkeit überprüften Produkte mit den Nachhaltigkeitszielen und – kennzahlen Teil des Haushaltsplans, der online abgerufen werden kann.</p> <p>Kein neuer Sachstand</p>
43 09	<p>Antrag der Ratsfraktionen von SPD und FDP: Kulturstandort Düsseldorf: Mehr Planungssicherheit für die freie Szene</p> <p>RAT/237/2024/1</p>	<p>27.06.2024 (40.16)</p> <p>10/2024</p> <p>03/2025</p> <p>09/2025</p>	<p>Ratsbeschluss</p> <p>Das Kulturredam entwickelt derzeit ein Konzept für die Einführung von mehrjährigen Rahmenverträgen für die freie Szene und stimmt dies verwaltungsintern ab. Eine Beschlussvorlage ist für das 1. Quartal 2025 in Vorbereitung.</p> <p>Das Konzept ist erstellt. Die Beschlussvorlage befindet sich in verwaltungsinterner Abstimmung und soll im ersten Halbjahr 2025 eingebracht werden.</p> <p>Die von der Verwaltung eingebrachte Vorlage KUA/018/2025 wurde mit dem Änderungsantrag RAT/274/2025 beschlossen. Die Planungssicherheit für die freie Szene wird durch die Erstellung von Rahmenverträgen ab dem Jahr 2026 hergestellt.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
44 05	Antrag der Ratsfraktionen von Die PARTEI-Klima-Fraktion, SPD und DIE LINKE: Corneliusplatz autofrei RAT/292/2024 i.V.m Änderungsantrag der Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage RAT/292/2024 RAT/383/2024	21.11.2024 (40.2) i.V.m (40.2.3) 09/2025	Ratsbeschluss mehrheitlich beschlossen Am 21. November 2024 hat der Rat beschlossen, den Corneliusplatz im Rahmen einer Testphase weitgehend autofrei zu gestalten. Die dazugehörige Verkehrsführung und Platzgestaltung wurde in der Vorlage OVA/072/2025 „Erprobung einer autofreien Gestaltung des Corneliusplatzes“ vorgestellt. Der Beschluss ist im Juli 2025 umgesetzt worden.
45 02 und 04	Antrag der Ratsfraktion Die PARTEI-Klima-Fraktion: Vielfalt beim Angebot pflanzenbasierter Gerichte sicherstellen Rat/268/2024 i.V.m Änderungsantrag der Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage RAT/268/2024	21.11.2024 (40.9) i.V.m (40.9.1)	Ratsbeschluss mehrheitlich beschlossen

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
	RAT/331/2024	10/2025	<p>02/20/2 hat die Beteiligungen per e-mail vom 27.11.2024 über den Ratsbeschluss informiert.</p> <p>Der Pächter der aktuell einzigen Stadtkantine am Standort Brinkmannstraße hat vertragsseitig keine Vorgabe zur Erfassung der CO2-Emissionen. Darüber hinaus finden eine CO2-Emissions-Messung nach hiesigem Kenntnisstand nicht statt, so dass entsprechend differenzierte Messwerte zu fleischlicher, vegetarischer sowie rein pflanzlicher Kost aktuell von dort nicht vorliegen.</p> <p>Dem hingegen verweist der Pächter der städtischen Kantine auf ein bewusst umweltorientiertes Lieferantenmanagement nach dem Motto "Aus der Region für die Region", um so CO2-Ausstöße grundsätzlich zu vermindern. D. h. verwendetes Obst und Gemüse wird lieferantenseitig direkt beim regionalen Erzeuger eingekauft. Zudem unterhält der Lieferant des städtischen Kantinenbetreibers eine eigene Viehzucht am Niederrhein mit kürzesten Wegen zu Schlachtbetrieben. Es werden umweltfreundliche LKWs eingesetzt, Liefertage auf ein Mindestmaß reduziert und ein Großteil des Stromverbrauchs durch den Lieferanten durch eine eigene Fotovoltaik Anlage genutzt. Das angewandte elektronische Bestellsystem weist den CO2-Fußabdruck jedes einzelnen Produktes aus, so das hier bewusst seitens des Kantinenpächters auf Produkte mit niedrigeren CO2-Abdruck gesetzt werden kann.</p>

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
46 09	Antrag der Ratsfraktion Die PARTEI-Klima-Fraktion: Oper der Zukunft – Jury breiter aufstellen RAT/365/2024	21.11.2024 (40.13)	Ratsbeschluss abweichend beschlossen Der Rat der Landeshauptstadt beschließt für den Fall, dass in der Sitzung am 12. Dezember 2024 die Beschlussvorlagen zum Auslobungsbeschluss für den Neubau – Opernhaus der Zukunft – vom Rat mit Mehrheit beschlossen werden, dass bei der Besetzung des Preisgerichts des Wettbewerbs für den Neubau des Opernhauses neben den im Kulturausschuss vertretenen Ratsfraktionen und der Ratsgruppe auch die nachfolgend genannten Gremien jeweils eine Person für die Jury benennen dürfen, falls dies von diesen Gremien gewünscht wird: <ul style="list-style-type: none"> - Seniorenrat - Jugendrat - Behindertenrat - Rat der Künste Diese Personen werden an den Sitzungen des Preisgerichts als “stimmlose Berater” bzw. als Personen mit Rede-, aber <u>ohne Stimmrecht</u>, teilnehmen.
47 09	Antrag der Ratsfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und Die PARTEI-Klima-Fraktion: Opt-Out-Regelung zur Bezahlkarte für Geflüchtete RAT/019/2025	06.02.2025 (23.2) 09/2025	Ratsbeschluss mehrheitlich beschlossen Abgeschlossen. Wenn die Bundesgesetzgebung nicht tätig wird, erfolgt keine Einführung der Bezahlkarte.
48 03	Antrag der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vorkaufsrechte auch bei Share-Deals (RAT/247/2023)	09.11.2023 62.3	Ratsbeschluss

Lfd. Nr.	Thema Antragstellende Fraktion/en – Vorlagennummer	Sitzungsdatum	beschlossen / verwiesen Bearbeitungsstand
		04/2024	Die Verwaltung steht mit den grundstückshaltenden Gesellschaften in Kontakt, um eine städtebaulichen Entwicklung der benannten Flächen voranzutreiben und diese Flächen für den Wohnungsmarkt im Sinne der Wohnungsbauoffensive zu aktivieren.
		11/2024	Der Wunsch nach Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein Vorkaufsrecht auch bei Share Deals ist über die kommunalen Spitzenverbände beim Bundesgesetzgeber platziert.
		04/2025	Die Ausübung eines Vorkaufsrechtes ist bei Share Deals nach aktueller Rechtslage grundsätzlich nicht möglich. Im Rahmen der Diskussionen zur BauGB Novelle im letzten Jahr wurde diskutiert, die gesetzlich vorgesehenen Vorkaufsrechte zugunsten von Kommunen auch auf Share Deals auszuweiten. Diesbezüglich gab es im Gesetzesentwurf erste Vorschläge etwa für den Fall, dass ein Grundstück erstmals in eine GmbH eingebracht wird. Zu diesem Vorschlag erfolgte mit Schreiben vom 21.10.2024 eine Stellungnahme der Landeshauptstadt an den Städtetag im Rahmen der Kommunenbeteiligung zum Referentenentwurf der BauGB-Novelle. Es bleibt abzuwarten, ob die neue Bundesregierung diesen Punkt bei der nächsten Novelle wieder aufgreift.
		09/2025	Zum Ratsauftrag wurde im letzten Gremienzyklus vor dem Sommer sehr umfassend berichtet. Der Auftrag ist damit erledigt und wird aus der Beschlusskontrolle genommen.